Stefan Grüner

Zwischen Einheitssehnsucht und pluralistischer Massendemokratie

Zum Parteien- und Demokratieverständnis im deutschen und
französischen Liberalismus der Zwischenkriegszeit

I.

„Man mußte hören, wie verständnisinnig das Publikum jede antidemokratische Pointe belachte – genau wie es bei uns gewesen wäre. Diese Skepsis gehört heute allen Völkern an, der Überdruß an parlamentarischer Demokratie und Parteimißwirtschaft ist international.“¹ – Das politische „djà-vu“-Erlebnis, das Thomas Mann nach dem Besuch eines Pariser Boulevardtheaters im Januar 1926 notierte, hatte Verweischarakter. In der Tat war das öffentlich artikulierte Ungenügen an der Realität der parlamentarischen Regierungsform um die Mitte der zwanziger Jahre bereits zu einer nahezu gemeineuropäischen Erscheinung geworden. Anders als das Mann'sche *Aperçu* suggeriert, stellten sich dabei allerdings Form, Intensität und politische Relevanz des Phänomens durchaus unterschiedlich dar. In Frankreich wie in Deutschland speisten sich publizistische Kritik und politische Obstruktion in erster Linie aus den Reihen der Parlamentarismusgegner auf der extremen Linken und Rechten des politischen Spektrums. Spezifisch für *Deutschland* war indes die schärfere Ausprägung und Konfrontation der Extreme². Zudem manifestierten sich hier Skepsis und Ablehnung spätestens ab 1923/24 auf breiter Front auch in jenen bürgerlich-liberalen Kreisen, in denen man sich mit der demokratischen Republik zunächst abgefunden hatte³. Die bürgerliche, verfassungs- und republikfeindliche Rechte besaß im Reichstag ein in Umfang und politischer Taktik zwar schwankendes, doch gleichwohl über die gesamte Dauer der Weimarer Republik hinweg relevantes Potential.

Im *Frankreich* der Zwischenkriegszeit dagegen blieb die öffentliche Abkehr vom parlamentarisch-demokratischen Modell dauerhaft mit dem Ausschluß aus

¹ Thomas Mann, Pariser Rechenschaft, in: ders., Über mich selbst. Autobiographische Schriften (Gesammelte Werke in Einzelbänden. Frankfurter Ausgabe, hrsg. von Peter de Mendelssohn), Frankfurt a. M. 1983, S. 265–354, hier: S. 304. Zu den Hintergründen des Parisbesuchs und allgemein zum politischen Engagement des Schriftstellers vgl.: Hermann Kurzke, Thomas Mann. Das Leben als Kunstwerk, München 1999, S. 272–286, 348–366.

² Grundlegend und in vergleichendem Zugriff hierzu: Andreas Wirsching, Vom Weltkrieg zum Bürgerkrieg? Politischer Extremismus in Deutschland und Frankreich 1918–1933/39. Berlin und Paris im Vergleich, München 1999.

³ Dazu vor allem: Larry Eugene Jones, German Liberalism and the Dissolution of the Weimar Party System, 1918–1933, Chapel Hill/London 1988; ders., In the Shadow of Stabilization: German Liberalism and the Legitimacy Crisis of the Weimar Party System, 1924–30, in: Gerald D. Feldman (Hrsg.), Die Nachwirkungen der Inflation auf die deutsche Geschichte 1924–1933, München 1985, S. 21–41.

dem republikanischen Diskurszusammenhang bedroht, die rechte systemfeindliche Opposition im wesentlichen auf den außerparlamentarischen Bereich beschränkt. Vieles deutet zudem darauf hin, daß die Anfälligkeit bürgerlicher Schichten für antiliberale und antiparlamentarische Ideologieangebote begrenzt war. Zwar wuchs die wichtigste rechtsradikale Gruppierung der dreißiger Jahre in Frankreich, die Bewegung „Croix de feu“, bis 1937 auf etwa 700 000 Mitglieder an. Anders als der Nationalsozialismus in Deutschland erreichten die rechten Ligen dort jedoch nie den Status einer Massenbewegung. Entsprechend kann für Frankreich trotz vorhandenen extremistischen Potentials von einer kontinuierlichen, gravierenden und dauerhaften Auszehrung der politischen Mitte zugunsten der politischen Extreme keine Rede sein. Vielmehr stellte sich die Abwanderung bürgerlich-mittelständischer Kräfte eher als partiell und zumindest bis Anfang der dreißiger Jahre auch als revidierbar dar⁴.

Die Beobachtungen Thomas Manns geben insofern eine gültige, doch in ihrer Reichweite begrenzte Momentaufnahme: Sie spiegeln die Erhitzung und Radikalisierung der Pariser politischen Landschaft gegen Ende der Regierungszeit des „Cartel des Gauches“, die im Zusammenhang einer ersten größeren Welle rechts-extremer Mobilisierung zwischen 1924 und 1927 stand. Eine umfassende Legitimationskrise von deutschen Ausmaßen durchlebte das politische System Frankreichs in den zwanziger Jahren jedoch nicht, und auch danach hat die späte Dritte Republik trotz aller Krisenzeichen ein erstaunliches Maß an demokratischem Integrations- und Erneuerungspotential unter Beweis gestellt⁵. Anders als ihr Weimarer Pendant erlag sie nicht der Zersetzung von innen her. Erst die katastrophale Niederlage von Mai/Juni 1940 gab jenen heterogenen, konservativ dominierten politischen Kräften freie Bahn, welche das knapp siebzig Jahre alte Staatswesen schließlich zu Tode brachten.

Diese grundsätzlichen Unterschiede gilt es voranzuschicken, will man die Tatsache gerecht würdigen, daß im *parteilpolitisch organisierten Liberalismus* beider Länder bezeichnende Verluste demokratisch-republikanischer Weltsicht zu verzeichnen waren, als mit Beginn der dreißiger Jahre die parlamentarische Demokratie endgültig in einer unheilbaren Krise angelangt schien. Auch liberale Politiker haben die Weimarer und die Dritte Französische Republik in den Jahren 1932/33 bzw. 1940 nahezu widerstandslos preisgegeben. Mit der Gründung der „Deutschen Staatspartei“ hatten sich die Weimarer Linksliberalen bereits ab 1930 auf ein ideologisch abschüssiges Terrain gewagt, auf dem es selbst um den Preis der „Flucht aus dem Liberalismus“ nicht gelungen war, neue Akzeptanz und Anhängerschaft zu finden. Die Zustimmung zum „Ermächtigungsgesetz“ durch alle noch im Reichstag verbliebenen Mitglieder beider liberaler Fraktionen besiegelte

⁴ Zur Charakteristik und Bewertung der beiden „Wellen“ verdichteter rechtsradikaler Aktivität in Frankreich zwischen 1924 und 1927 bzw. 1934 und 1938: Wirsching, Vom Weltkrieg zum Bürgerkrieg?, S. 271–298, 467–525; Robert J. Soucy, French Fascism. The First Wave, 1924–1933, New Haven u. a. 1986; ders., French Fascism. The Second Wave, 1933–1939, New Haven u. a. 1995. Allgemein auch: Nicolas Roussellier, La contestation interne de la démocratie libérale: un système à transformer, in: Serge Berstein (Hrsg.), La démocratie libérale, Paris 1998, S. 591–646.

⁵ Dazu zuletzt: Klaus-Jürgen Müller, Die Krise der Dritten Republik, in: Wolf Dieter Gruner/Klaus-Jürgen Müller (Hrsg.), Über Frankreich nach Europa. Frankreich in Geschichte und Gegenwart, Hamburg 1996, S. 341–377.

am 23. März 1933 die Kapitulation vor dem autoritären Machtstaat⁶. Am 10. Juli 1940 zeigten sich in Vichy insbesondere die Kammergruppen der parlamentarischen Mitte anfällig für das Verfassungsprojekt des Abgeordneten Pierre Laval, von dem zu diesem Zeitpunkt klar war, daß es die parlamentarische Demokratie auf unbestimmte Frist zugunsten eines konservativen Präsidialregimes suspendieren würde. Unter den zustimmenden Delegierten befanden sich nicht weniger als 80 Prozent aller anwesenden radikalsozialistischen, d. h. linksliberalen Abgeordneten⁷.

Die historische Forschung hat sich bislang noch nicht in vergleichendem Zugriff mit den Ursachen jenes Vertrauensverlustes beschäftigt, den die parlamentarische Republik in Deutschland wie in Frankreich in den Reihen ihrer – historisch gesehen – jeweils wichtigsten Träger erfahren hat. Wo man für die Jahre zwischen 1919 und 1933/1940 nach Antiparteieneffekt und Parlamentarismuskritik fragte, richtete sich das Interesse zudem in erster Linie auf die politischen Extreme; nur vereinzelt rückten Arbeiten bislang die liberalen Gruppierungen in den Blick⁸. Die vorliegende Skizze wird deshalb das Parteien- und Parlamentarismusverständnis deutscher und französischer Liberaler zum Ausgangspunkt nehmen, um dem Bild nachzuspüren, das man sich in den liberalen Parteien von der aktuellen und von der wünschenswerten Gestalt der repräsentativen Demokratie machte. Hierbei geht sie aus von einem klärungsbedürftigen Paradox, standen doch in Deutschland wie in Frankreich (links-)liberale Politiker jeweils an der Wiege des

⁶ Erich Matthias/Rudolf Morsey, Die Deutsche Staatspartei in: dies. (Hrsg.), Das Ende der Parteien 1933. Darstellungen und Dokumente, Düsseldorf 1984, S. 31–97; Hans Booms, Die Deutsche Volkspartei, ebenda, S. 523–539. Zitat: Dieter Langewiesche, Liberalismus in Deutschland, Frankfurt a. M. 1988, S. 251.

⁷ Die präziseste Darstellung hierzu: Jean Sagnes, Le refus républicain: les quatre-vingts parlementaires qui dirent „non“ à Vichy le 10 juillet 1940, in: Revue d'histoire moderne et contemporaine 38 (1991), S. 555–589, hier: S. 567–574.

⁸ Vgl. hingegen die Bemerkungen bei: Gerhard A. Ritter, Kontinuität und Umformung des deutschen Parteiensystems 1918–1920, in: Eberhard Kolb (Hrsg.), Vom Kaiserreich zur Weimarer Republik, Köln 1972, S. 244–275; Dieter Grosser, Vom monarchischen Konstitutionalismus zur parlamentarischen Demokratie. Die Verfassungspolitik der deutschen Parteien im letzten Jahrzehnt des Kaiserreiches, Den Haag 1970; Hartmut Wasser, Parlamentarismuskritik vom Kaiserreich zur Bundesrepublik. Analyse und Dokumentation, Stuttgart-Bad Cannstadt 1974, S. 77–79 sowie vor allem: Jürgen C. Heß, Überlegungen zum Demokratie- und Staatsverständnis des Weimarer Linksliberalismus, in: Hartmut Boockmann/Kurt Jürgensen/Gerhard Stoltenberg (Hrsg.), Geschichte und Gegenwart. Festschrift für Karl Dietrich Erdmann, Neumünster 1980, S. 289–311; ders., Wandlungen im Staatsverständnis des Linksliberalismus der Weimarer Republik 1930–1933, in: Karl Holl (Hrsg.), Wirtschaftskrise und liberale Demokratie. Das Ende der Weimarer Republik und die gegenwärtige Situation, Göttingen 1978, S. 46–88; Christoph Jahr, Liberaler Antiparlamentarismus? Die Kräfte des Linksliberalismus im späten Kaiserreich und in der Weimarer Republik am Beispiel des Reichstagsabgeordneten Ernst Müller-Meiningen, in: Wolther von Kieseritzky/Klaus-Peter Sick (Hrsg.), Demokratie in Deutschland. Chancen und Gefährdungen im 19. und 20. Jahrhundert. Historische Essays, München 1999, S. 153–172.

Für Frankreich noch immer nicht überholt: Rudolf von Albertini, Parteiorganisation und Parteibegriff in Frankreich 1789–1940, in: Historische Zeitschrift 193 (1961), S. 529–600, hier: S. 529. Der Parteienbegriff der französischen Liberalen findet sich außerdem thematisiert in einer Arbeit, deren Betrachtungszeitraum im wesentlichen auf das 19. Jahrhundert beschränkt ist: Raymond Huard, La naissance du parti politique en France, Paris 1996. Nicht wirklich vergleichend ist: Oswald Hauser (Hrsg.), Politische Parteien in Deutschland und Frankreich 1918–1939. 10 Vorträge, Wiesbaden 1969. Zur internationalen Forschungslage auch: Horst Möller, Bürgertum und bürgerlich-liberale Bewegung nach 1918, in: Lothar Gall (Hrsg.), Bürgertum und bürgerlich-liberale Bewegung in Mitteleuropa seit dem 18. Jahrhundert (Historische Zeitschrift, Sonderheft 17), München 1997, S. 293–342, hier: S. 322.

Parteienwesens in ihrem Land: Liberale prägten und nutzten für ihre inner- und außerparlamentarische Arbeit von Anfang an jene politischen Gliederungen, die in Deutschland zwischen 1848/49 und den 60er Jahren des 19. Jahrhunderts, in Frankreich erst mit Beginn des 20. Jahrhunderts entstanden⁹. Der folgende, überwiegend individualisierend konzipierte Vergleich soll neben den Ähnlichkeiten vor allem die je besonderen Ausprägungen eines ambivalenten Parteienbilds zutage fördern und damit spezifische Elemente liberalen Denkens in beiden Ländern besser verstehen lassen¹⁰. Um moralisierende Schuldzuweisung im Sinne der Aufteilung von „Mitverantwortung“ für das Ende zweier demokratischer Republiken geht es dabei nicht.

Zur angemessenen Einordnung des Phänomens wird im folgenden zunächst von der äußeren, kräftemäßigen Entwicklung der Liberalen in Deutschland und Frankreich die Rede sein (II), bevor näher auf das Parteienverständnis im deutschen (III) und im französischen Liberalismus (IV) eingegangen sowie abschließend der Versuch eines Vergleichs in Angriff genommen werden kann (V).

II.

Als deutsche Liberale im Jahr 1919 erstmals die Möglichkeit bekamen, auf nationaler Regierungsebene prägenderen politischen Einfluß zu nehmen, hatte der deutsche Liberalismus seine eigentliche „Hochphase“ bereits hinter sich gelassen¹¹. Gemessen an ihrer parlamentarischen Vertretung waren die diversen libera-

⁹ Dieter Langewiesche, Die Anfänge der deutschen Parteien. Partei, Fraktion und Verein in der Revolution von 1848/49, in: *Geschichte und Gesellschaft* 4 (1978), S. 324–361; Gerhard A. Ritter, Die deutschen Parteien 1830–1914. Parteien und Gesellschaft im konstitutionellen Regierungssystem, Göttingen 1985, S. 10ff.; Theodor Schieder, Die Theorie der Partei im älteren deutschen Liberalismus, in: ders., *Staat und Gesellschaft im Wandel unserer Zeit. Studien zur Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts*, München 21970, S. 110–132; Huard, *Parti Politique*. Allgemein zur Entwicklung des Parteienbegriffs in internationaler Perspektive: Klaus von Beyme, Partei, Fraktion, in: Otto Brunner/Werner Conze/Reinhard Koselleck (Hrsg.), *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*, Bd. 4, Stuttgart 1978, S. 677–733; Erwin Faul, Verfemung, Duldung und Anerkennung des Parteienwesens in der Geschichte des politischen Denkens, in: *Politische Vierteljahresschrift* 5 (1964), S. 60–80.

¹⁰ Zur Theorie des Vergleichs und zur begrifflichen Unterscheidung von „individualisierendem“ bzw. „synthetisierendem“ Ansatz u.a.: Heinz-Gerhard Haupt/Jürgen Kocka, *Historischer Vergleich: Methoden, Aufgaben, Probleme*. Eine Einleitung, in: dies., *Geschichte und Vergleich. Ansätze und Ergebnisse international vergleichender Geschichtsschreibung*, Frankfurt a. M. 1996, S. 9–46; Theodor Schieder, *Möglichkeiten und Grenzen vergleichender Methoden in der Geschichtswissenschaft*, in: ders., *Geschichte als Wissenschaft. Eine Einführung*, München/Wien 1965, S. 198ff.

¹¹ Die Forschungslage zum Weimarer Liberalismus findet sich zuletzt referiert bei: Horst Möller, Bürgertum und bürgerlich-liberale Bewegung nach 1918, in: Lothar Gall (Hrsg.), *Bürgertum und bürgerlich-liberale Bewegung in Mitteleuropa seit dem 18. Jahrhundert* (*Historische Zeitschrift*, Sonderheft 17), München 1997, S. 293–342, hier: S. 322. Vgl. als Versuche der Gesamtdarstellung insbesondere: Langewiesche, *Liberalismus in Deutschland*; Larry Eugene Jones, *German Liberalism and the Dissolution of the Weimar Party System, 1918–1933*, Chapel Hill/London 1988; Bruce B. Frye, *Liberal Democrats in the Weimar Republic. The History of the German Democratic Party and the German State Party, Carbondale/Edwardsville* 1985; Werner Stephan, *Aufstieg und Verfall des Linksliberalismus 1918–1933. Geschichte der Deutschen Demokratischen Partei*, Göttingen 1973.

Zu einzelnen Zeitabschnitten bzw. Themenkreisen seien genannt: Werner Schneider, *Die Deutsche Demokratische Partei in der Weimarer Republik 1924–1930*, München 1978; Lothar Döhn, *Politik*

len Gruppierungen bereits bis zur Jahrhundertwende Opfer eines gravierenden Auszehrungsprozesses geworden. Noch einmal wie 1874 die Reichstagsmehrheit zu stellen war schon gegen Ende der 1870er Jahre unerreichbar geworden, als es nicht mehr gelang, mehr als etwa ein Drittel der Kammersitze zu erringen. Bis 1914 ging der Anteil liberaler Gruppierungen weiter bis auf etwa ein Fünftel der vergebenen Reichstagsmandate zurück. Anders als in Frankreich hatten liberale Politiker in Deutschland auf Reichsebene nur außerhalb der Regierungsverantwortung arbeiten können, bevor sie mit Kriegsende Anteil an der undankbaren Aufgabe erhielten, den politischen Neuaufbau zu tragen. Diese in der Forschung vielberufene fehlende Regierungspraxis der Liberalen stand nach 1919 in deutlichem Kontrast zu der Tatsache, daß ihrer neuen parteipolitischen Vertretung regelmäßig Schlüsselpositionen bei der Koalitionsbildung zufielen. In der Folge entsandte die Deutsche Demokratische Partei ihre Minister zwischen Februar 1919 und dem Antritt der Präsidialregierung Papen im Juni 1932 in nicht weniger als 13 von 15 Kabinette; die DVP war zwischen Juni 1920 und Juni 1932 in 11 von 12 Regierungen vertreten. Das relative Gewicht, das DDP und DVP aufgrund dessen bis etwa 1930/32 behielten, stand darüber hinaus in keinem linearen Verhältnis zu den geradezu dramatischen Stimmen- und Mandatsverlusten, die beide Parteien – in Fortsetzung der geschilderten älteren Tendenz – ab 1920 hinzunehmen hatten¹².

In Frankreich hingegen präsentierte sich das liberale Lager nach dem Ersten Weltkrieg erneut als fest etablierte parlamentarische Kraft. Dauerhaft stellte es wie bereits vor 1914 Minister und Regierungschefs der Republik, von Georges Leygues (September 1920 – Januar 1921) bis Paul Reynaud (März – Mai 1940). Ähnlich wie in Deutschland, wo mit Gustav Stresemann nur einmal ein Liberaler etwas mehr als drei Monate lang an der Spitze der Reichsregierung stand, erwuchs der konkrete Einfluß liberaler Gruppen indes nicht in erster Linie aus der regelmäßigen Präsenz im Amt des *Président du Conseil*. Vielmehr war dafür ein hohes

und Interesse. Die Interessenstruktur der Deutschen Volkspartei, Meisenheim am Glan 1970; Wolfgang Hartenstein, *Die Anfänge der DVP 1918–1920*, Düsseldorf 1962; Lothar Albertin, *Liberalismus und Demokratie am Anfang der Weimarer Republik. Eine vergleichende Analyse der Deutschen Demokratischen Partei und der Deutschen Volkspartei*, Düsseldorf 1972; ders., *Der unzeitige Parlamentarismus der Liberalen. Versäumnisse seiner parteiendemokratischen Fundierung*, in: ders./Werner Link (Hrsg.), *Politische Parteien auf dem Weg zur parlamentarischen Demokratie in Deutschland. Entwicklungslinien bis zur Gegenwart*, Düsseldorf 1981, S. 31–62; Ernst Portner, *Die Verfassungspolitik der Liberalen 1919. Ein Beitrag zur Deutung der Weimarer Reichsverfassung*, Bonn 1973; Jürgen C. Heß, „Das ganze Deutschland soll es sein“. Demokratischer Nationalismus in der Weimarer Republik am Beispiel der Deutschen Demokratischen Partei, Stuttgart 1978; ders., *Die Desintegration des Liberalismus in der Weimarer Republik*, in: Hermann W. von der Dunk/Horst Lademacher (Hrsg.), *Auf dem Weg zum modernen Parteienstaat. Zur Entstehung, Organisation und Struktur politischer Parteien in Deutschland und den Niederlanden*, Melsungen 1986, S. 249–272, hier: S. 255, 263.

¹² Bekanntlich hatte die DDP ihren Stimmenanteil von 18,6 Prozent im Jahr 1919 wenige Monate später bereits zur Hälfte verloren. In Analogie zur DVP, die ihr bestes Ergebnis 1920 erzielt hatte, konnte man nurmehr im Dezember 1924 leichte Zugewinne verbuchen; bis 1930 sanken dann beide liberalen Parteien auf Reichsebene zu Splittergruppierungen herab. Bezogen auf die Zahl der Reichstagsmandate bedeutete das für die DDP einen Rückgang von 17,8 Prozent (1919) auf 0,8 Prozent (1933); der Abgeordnetenanteil der DVP reduzierte sich von 14,2 Prozent (1920) auf 0,3 Prozent (1933) (Langewiesche, *Liberalismus in Deutschland*, S. 233 ff.; Jürgen Falter/Thomas Lindenberger/Siegfried Schumann, *Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik. Materialien zum Wahlverhalten 1919–1933*, München 1986, S. 44).

Maß an Kontinuität in der Besetzung favorisierter Ministerposten ausschlaggebend. So besetzten radikalsozialistische Politiker zwischen 1900 und 1940 jeweils mehr als 21 Jahre lang das Innen-, das Landwirtschafts- und das Erziehungsministerium – Schlüsselbereiche also, die von höchster Relevanz für die mentale und materielle Verankerung der Republik waren und zugleich Mittel boten, um insbesondere die Gunst der Wählerschichten in der Provinz zu erwerben und zu konservieren. Rechtsliberale hingegen zeigten eine besondere Neigung zum Eintritt ins Finanzministerium¹³. In Verlängerung einer bereits etablierten Tradition als regierende Partei setzte sich die „Ahnenreihe“ kabinetts erfahrener, profilierter liberaler Politiker über den epochalen Einschnitt des Ersten Weltkriegs hinweg nahezu ungebrochen fort und prägte die öffentliche Perzeption von Staat und Parteien entscheidend mit. Anders als in Deutschland standen die Liberalen in Frankreich nicht von Anfang unter dem Diktat eines Bewährungsimperativs, wie ihn das Wahlvolk an die zunehmend ungeliebte Weimarer Staats- und Regierungsform herantrug. Sie verkörperten vielmehr noch in den zwanziger Jahren die Dauer und die Widerstandskraft jener liberalen Republik, deren Legitimität unangestastet, ja gestärkt aus der siegreichen Auseinandersetzung mit einem als politisch rückständig verstandenen Gegner hervorgegangen war.

Die Wahlergebnisse der wichtigsten liberalen Gruppen, des linksbürgerlichen *Parti Radical* einerseits und der rechts von der Mitte stehenden *Alliance Républicaine Démocratique*¹⁴ andererseits, spiegeln diese relativ starke Position wider. So reflektieren die Schwankungen in der Zahl der gewonnenen Parlamentssitze zwischen 1919 und 1936 jeweils in erster Linie die bekannten alternierenden Links-

¹³ Die historische Parteienforschung war in Frankreich bis gegen Anfang der achtziger Jahre ähnlich wie die politische Geschichte insgesamt in Mißkredit geraten. Vgl. das Plädoyer zugunsten einer methodisch reflektierten Parteiengeschichtsschreibung bei: Serge Berstein, *Les partis*, in: René Rémond (Hrsg.), *Pour une histoire politique*, Paris 1988, S. 49–85.

Neben Darstellungen zur politischen Ideengeschichte der französischen Liberalen, die zudem meist auf das 19. Jahrhundert beschränkt sind, liegen deshalb nur wenige moderne Studien vorwiegend zum *Parti Radical* vor: Serge Berstein, *Histoire du Parti Radical*. 2 Bde., Paris 1980/82; Jean-Thomas Nordmann, *Histoire des Radicaux 1820–1973*, Paris 1974; Daniel Bardonnnet, *Évolution de la structure du parti radical*, Paris 1960; zur regionalen Verankerung der Radicaux nunmehr umfassend: Manfred Kittel, *Provinz zwischen Reich und Republik. Politische Mentalitäten in Deutschland und Frankreich 1918–1933/36*, München 2000.

Für die Rechtsliberalen liegt insbesondere vor: Rosemonde Sanson, *ARD ou AD (Alliance démocratique)*, in: Jean-François Sirinelli (Hrsg.), *Dictionnaire historique de la vie politique française au XX^e siècle*, Paris 1995, S. 48–53 [dort auch weitere Literaturhinweise]; Donald G. Wileman, *L'Alliance Républicaine Démocratique. The Dead Centre of French Politics, 1901–1947*, Downsview/Ontario 1988; Gilles Le Béguec, *Le parti*, in: Jean-François Sirinelli (Hrsg.), *Histoire des droites en France*, Bd. 2: *Cultures*, Paris 1992, S. 13–57; François Audigier, *L'Alliance Démocratique de 1933 à 1937 ou l'anachronisme en politique*, in: *Vingtième Siècle* 47 (1995), S. 147–157; Stefan Grüner, Paul Reynaud (1878–1966). Biographische Studien zum Liberalismus in Frankreich, München 2001.

Allgemein: André Jardin, *Histoire du libéralisme politique de la crise de l'absolutisme à la constitution de 1875*, Paris 1985; Pierre Guiral, *Der Liberalismus in Frankreich (1815–1870)*. Grundlagen, Erfolge, Schwächen, in: Lothar Gall (Hrsg.), *Liberalismus*, Königstein/Ts. 1985, S. 283–307; Louis Girard, *Les libéraux français 1814–1875*, Paris 1985; Nicolas Roussellier, *Libéralisme*, in: Sirinelli (Hrsg.), *Dictionnaire historique*, S. 585–590.

¹⁴ Die Gruppierung änderte mehrfach ihren Namen: Im Jahr 1920 benannte sie sich um in *Parti Républicain Démocratique et Social*, kehrte dann jedoch ab 1926 wieder zur Bezeichnung *Alliance Démocratique* zurück. Der Eindeutigkeit halber wird im folgenden die in der Forschung gebräuchlichste Kurzbezeichnung *Alliance* verwendet.

Rechts-Verschiebungen innerhalb der politischen Landschaft Frankreichs. Recht eindeutig gingen die beiden Gruppen hier entgegengesetzte Wege: Wo die Links-liberalen vom allgemeinen Trend profitierten, hatte man auf der rechten Mitte darunter zu leiden, und umgekehrt. Eine Ausnahme von dieser Tendenz bildeten die Wahlen von 1936, als beide Gruppierungen zugunsten der SFIO und des PCF Einbußen hinzunehmen hatten. Erst mit den Volksfrontwahlen verlor der *Parti Radical* seine dominierende Stellung als zahlenstärkste Kammergruppe an die Sozialisten. Auch danach aber blieb er prägend: Sieht man ab von dem deutlichen Stimmeneinbruch der Radikalsozialisten in den ersten Nachkriegswahlen von 1919, konnte die Gruppierung bei Wahlentscheiden auf nationaler Ebene zwischen den Weltkriegen jeweils deutlich über 100 Sitze erzielen. Die *Alliance* zählte mit Ausnahme der Erfolge von 1919 und 1928, als sie auf 99 bzw. 103 Sitze kam, durchschnittlich um die 50 Mandatsträger, die sich im Vorfeld zu ihren Zielen bekannt hatten¹⁵.

Im Zusammenhang betrachtet lassen sich also keine dramatischen Einbrüche in der parlamentarischen Präsenz des liberalen Lagers in Frankreich bis 1936 ausmachen. Eher kann von einem längerfristigen Niedergangsszenario gesprochen werden, das sich insbesondere auf seiten der rechtsliberalen Gruppen manifestierte. Im Vergleich zu Deutschland setzte es später ein und erreichte weder das Ausmaß noch die Rapidität des deutschen Falles; die Kurve des Bedeutungsrückgangs verlief insgesamt deutlich flacher und schloß auch einzelne Phasen des Aufschwungs ein. Nimmt man zusätzlich die punktuellen *Nachwahlen* der Jahre 1936–1939 als Maßstab, so bestätigt sich der Eindruck der relativen elektoralen Kontinuität des linksliberalen Lagers, derjenige des weiteren Bedeutungsverlusts der „modérés“. Der *Parti Radical* konnte sich nach seiner politischen Rechtswendung unter der Regierung Daladier bei zahlenmäßig etwa gleichbleibender Wählergunst bis Kriegsausbruch verstärkt auch als parlamentarische Vertretung ursprünglich rechtsliberaler Wähler plazieren¹⁶.

So bestätigt der Blick auf die Wahlstatistik die eingangs bereits von den extremen Rändern des politischen Spektrums her gewonnene Einsicht. Ganz offensichtlich haben jene übergreifenden säkularen bzw. jeweils nationalspezifischen Faktoren, die für den Rückgang liberaler Strömungen und Ideen zwischen den

¹⁵ Vgl. zu den angeführten Zahlen, zu ihrer Interpretation und zur untenstehenden Tabelle: Alistair Cole/Peter Campbell, *French Electoral Systems and Elections since 1789*, Aldershot u.a. 1989, S. 48–71; Berstein, *Parti Radical I*, S. 128–135; ders., *Parti Radical II*, S. 56–69, 203–210, 436–445; Wileman, *L'Alliance Républicaine Démocratique*, S. 378–386; Roussellier, *Libéralisme*, S. 590, Anm. 1.

Anteil der Abgeordneten des liberalen Spektrums in der Chambre des Députés, 1919–1936:

Radicaux	ARD	Libérale einschl. ARD, ohne Radicaux
1919: 82 Sitze (13,4% der Mandate)	99 (16,2%)	34%
1924: 139 (24,3%)	46 (8,1%)	20%
1928: 125 (21,1,%)	103 (17,4%)	27%
1932: 157 (26,3%)	49 (8,2%)	28%
1936: 115 (19,2%)	46 (7,7%)	15–20%

¹⁶ François Goguel, *Les élections législatives et sénatoriales partielles*, in: René Rémond/Janine Bourdin (Hrsg.), *Edouard Daladier, Chef de gouvernement, avril 1938 – septembre 1939*, Paris 1977, S. 45–54.

Weltkriegen verantwortlich gemacht werden können¹⁷, in Frankreich deutlich geringere Wirkung entfaltet als in Deutschland. Parteien- und parlamentarismuskritische Tendenzen verschiedener Provenienz führten dort augenscheinlich weder zur „Austrocknung“ des liberalen Lagers noch zur forcierten Abkehr der Wähler von der parlamentarischen Demokratie insgesamt.

III.

Die *Partei* als Begriff, organisatorischer Verbund und politischer Handlungsträger stieß im deutschen wie im französischen Liberalismus von Beginn ihrer Existenz an auf mehr oder weniger dezidierte Skepsis und klare Vorbehalte. Wo sich in der politischen Publizistik des 19. Jahrhunderts eine positivere Bewertung einstellte, dominierte eine Sehweise des pragmatischen Sich-Abfindens mit dem historisch Unausweichlichen und dem interessenpolitisch Nützlichen. Ansätze zur Neubewertung, wie sie in Deutschland und Frankreich schon vor dem Ersten Weltkrieg aus den Reihen liberaler politischer Praktiker und aus den entstehenden Sozialwissenschaften vorgetragen wurden, blieben dagegen rare Ausnahmen. Noch bis weit ins 20. Jahrhundert hatte der Parteiengedanke auch im liberalen Milieu die Reputation eines „diskriminierenden Begriffs“¹⁸.

Die politischen Erschütterungen des Ersten Weltkriegs veränderten in Deutschland die äußeren Handlungsbedingungen und die programmatischen Anforderungen an liberale Politik grundlegend; die wenigen Verteidiger des Parteiwesens fanden sich jedoch weiterhin da, wo sie schon vor dem Weltkrieg anzutreffen gewesen waren. Zwar konkretisierten sich die Einstellungen im liberalen Milieu naturgemäß in ganz persönlich akzentuierten Deutungsmustern, ebenso wie die in der Regel gegebene Anerkennung der Republik unterschiedlichen Motivationen entspringen konnte. Nur in ganz wenigen Ausnahmefällen aber haben liberale Politiker die Existenz politischer Parteien im neuen Staat offensiv verteidigt oder systemtheoretisch begründet. Theodor Heuss gehörte zu denjenigen, die den Mut besaßen, öffentlich deren „unentbehrliche Mittlerrolle“ bei der politischen Willensbildung herauszustellen oder vom „wichtigste[n] Hebel der politischen Gestaltung im Staatsinneren“ zu sprechen; kein Zufall ist, daß er sich auf Denktraditionen im Gefolge Friedrich Naumanns stützte. Zur rückhaltlosen Rechtfertigung eines negativ konnotierten „Parteienstaates“ wollte jedoch auch er sich nicht durchringen¹⁹. Typischer waren ablehnende Stimmen wie jene des Historikers und DDP-Politikers Walter Goetz, der die Plenumsdebatten des Reichstags als gekennzeichnet von „Parteihader“ und „Polemik“ wahrnahm²⁰, oder des DDP-

¹⁷ Zusammenfassend hierzu: Hans Vorländer, Hat sich der Liberalismus totgesiegt? Deutungen seines historischen Niedergangs, in: ders. (Hrsg.), Verfall oder Renaissance des Liberalismus? Beiträge zum deutschen und internationalen Liberalismus, München 1987, S. 9–34.

¹⁸ Beyme, Partei, Fraktion, S. 732 (Zitat); Faul, Verfemung, Duldung und Anerkennung des Parteiwesens.

¹⁹ Vgl. dazu etwa seine Äußerungen in: Theodor Heuss, Die neue Demokratie, Berlin 1920, S. 59–69 (Zitate: S. 59, 64); zu Heuss im Überblick: Jürgen C. Heß, Theodor Heuss vor 1933. Ein Beitrag zur Geschichte des demokratischen Denkens in Deutschland, Stuttgart 1973, S. 21–42, 84–114.

²⁰ Walter Goetz, Aus dem Leben eines deutschen Historikers (1925), in: ders., Historiker in meiner

Mitglieds Walther Rathenau, dessen Invektiven gegen den frühen Weimarer Parlamentarismus in hohem Maße auf seine Kritik an den Begleiterscheinungen der „Fraktionsherrschaft“ zurückgingen²¹. Ein pragmatisch orientiertes, skeptisches Verhältnis zur Partei pflegte auch der DVP-Vorsitzende Gustav Stresemann. Im politischen Streit um Sachfragen und persönliche Machtpositionen bediente er sich durchaus virtuos der existierenden Parteistrukturen. Buchstäblich bis in seine letzten Lebensmonate aber wurde er nicht müde, immer wieder die „Ersetzung der Persönlichkeit durch die Organisation“ als „Grundübel des heutigen politischen Lebens“ zu beklagen oder die Abschaffung aller „Interessenparteien“ zu fordern²². Wesentliche Eigenarten eines parteipolitisch fundierten Parlamentarismus brachte er mit der Unterordnung der Politik unter den „Massentrieb“ und die rein „formale Demokratie“ in Verbindung²³.

Die große Mehrheit der Liberalen akzeptierte Parteien, so wie man nach der Formulierung von Ernst Troeltsch „Dinge, über die man sich ärgert oder an denen man leidet“²⁴ im politischen Leben überhaupt hinnahm. Konkret ergab sich daraus in der Regel ein latenter Widerspruch zwischen der durchaus vorhandenen Bereitschaft, die *demokratisch-soziale Realität* der Parteien anzuerkennen, und der Weigerung, ihnen *parlamentstheoretische* oder *staatsrechtliche* Legitimität zuzugestehen. So stieß insbesondere die Mitwirkung der Fraktionen bei der Regierungsbildung – ein im modernen Parlamentarismus normaler Vorgang – bis in die Führungsgremien der liberalen Parteien hinein auf heftigste Kritik: In der DDP äußerten sich neben Gertrud Bäumer und Ernst Müller-Meinungen unter anderen Theodor Heuss oder der langjährige Partei- und Fraktionsvorsitzende Erich Koch-Weser strikt ablehnend²⁵; der einflußreiche Abgeordnete Ludwig Haas sprach in dem Zusammenhang von einem „Verbrechen am Staat“²⁶. Gustav Stresemann plädierte für ein Ende der „Parteiwirtschaft“ bei der Besetzung von Mini-

Zeit, Köln/Graz 1957, S. 1–87, hier: S. 58; zur allgemeinen Einordnung: Wolf Volker Weigand, Walter Wilhelm Goetz 1867–1958. Ein biographische Studie über den Historiker, Politiker und Publizisten, Boppard a.Rh. 1992, S. 204 f., 219 ff.

²¹ Walther Rathenau, „Was wird werden?“ (8. 2. 1920), zit. Johannes Mikuteit, Der Parlamentarismus im Urteil von Walther Rathenau, in: Der Staat 36 (1997), S. 95–117, hier: S. 103.

²² Eberhard Kolb/Ludwig Richter, Einleitung, in: Nationalliberalismus in der Weimarer Republik. Die Führungsgremien der Deutschen Volkspartei 1918–1933. Bearb. von Eberhard Kolb und Ludwig Richter. Erster Halbbd. 1918–1925, Düsseldorf 1999, S. 9*–50*, bes. S. 30* ff.; Zitate: „Sitzung des Zentralvorstandes in Berlin“, 26. 2. 1929, in: Nationalliberalismus in der Weimarer Republik. Zweiter Halbbd. 1926–1933, Dok. 73, S. 761–833, hier: S. 769.

²³ „Sitzung des Zentralvorstandes in Berlin“, 18. 4. 1920, in: Nationalliberalismus in der Weimarer Republik. Erster Halbbd. 1918–1925, Dok. 26, S. 290–302, hier: S. 293.

²⁴ Ernst Troeltsch, Spektator-Briefe. Aufsätze über die deutsche Revolution und die Weltpolitik 1918/22, Tübingen 1924, S. 114–116.

²⁵ Vgl. zu Heuss: Heß, Heuss vor 1933, S. 123–126. Erich Koch-Weser, „Die Entstellung des Parlamentarismus“, in: Der Demokrat 10 (1929), S. 129 f.; zum politischen Profil Koch-Wesers: Gerhard Papke, Der liberale Politiker Erich Koch-Weser in der Weimarer Republik, Baden-Baden 1989.

²⁶ Ludwig Haas, „Wahrer oder falscher Parlamentarismus“, in: Deutsche Republik 3 (1929), S. 806–810, Zitat: S. 807; Ludwig Luckemeyer, Ludwig Haas als Reichstagsabgeordneter der Fortschrittlichen Volkspartei (FVP) und der Deutschen Demokratischen Partei (DDP), in: Günter Schulz (Hrsg.), Kritische Solidarität. Betrachtungen zum deutsch-jüdischen Selbstverständnis. Für Max Plaut zum 70. Geburtstag, 17. Oktober 1971, Bremen 1971, S. 119–174.

sterämtern und lehnte jede Weisungsgewalt der Fraktion über ihre Kabinettsmitglieder ab²⁷.

Es ist also wohl kaum übertrieben, auch für die Zeit nach 1919 in der Skepsis liberaler Politiker gegenüber dem in Deutschland sich anbahnenden modernen Parteienstaat einen – negativ gerichteten – gemeinsamen Nenner auszumachen, der im Positiven gerade nicht zu finden ist. Um über die vorgetragenen Argumente den dahinter stehenden Demokratie- und Repräsentationsbegriff genauer zu analysieren, werden im folgenden drei politische Ansätze aus dem liberalen Milieu in ihrem Verhältnis zur Parteiendemokratie näher betrachtet: Nicht als einzig mögliche Optionen in einem politischen Spektrum, das den Individualismus zum konstituierenden Prinzip erhoben hatte, sondern als Exempel, welche gemeinsame Denkmuster und ihre unterschiedlichen Wirkungswege besser verstehen lassen.

Eines der regsten politisch-publizistischen Diskussionsforen um ein innovatives Demokratieverständnis innerhalb der DDP bildete die Wochenzeitschrift „Die Hilfe“. Nicht auf einen einheitlichen Kurs festgelegt, bot sie neben traditionell parteikritischen Stimmen auch Raum für eine positive Sicht. Namentlich Anton Erkelenz, seit 1923 neben Wilhelm Heile und Gertrud Bäumer als einer der Herausgeber tätig, setzte sich hier fast über ein Jahrzehnt hinweg für die strukturelle Erneuerung des Weimarer Liberalismus ein. Dem Aufbau einer optimierten *Parteiorganisation* kam in Erkelenz' Verständnis die Qualität eines *Reformprinzips* zu – so wie das im übrigen schon bei seinem früh verstorbenen Mentor und Begründer der „Hilfe“, Friedrich Naumann, der Fall gewesen war²⁸. Parteien hatten im republikanisch-demokratischen Staat erzieherisch zu wirken und die staatsbürgerliche Bildung der Wähler als ihre wichtigste Aufgabe wahrzunehmen: „Die Partei ist, wie auch eine Anzahl anderer Organisationen (Gewerkschaften, Verbände der verschiedensten Art) eine Hochschule der Selbstverwaltung im kleinen, wie der demokratische Staat die Hochschule der Selbstverwaltung im großen ist.“ Anders als viele in diesem Punkt desinteressierte DDP-Politiker begriff Erkelenz die Aufbauarbeit in der Partei als notwendigen Kärnerdienst zur demokratischen Durchdringung der deutschen Nachkriegsgesellschaft: „Wir müssen ringen, kämpfen und erziehen, um die demokratische Staatsform zu ihrer höchsten Leistung zu bringen. Und ein sehr wesentliches Mittel, um diese höchsten Leistungen zu erreichen, ein unentbehrliches Werkzeug dazu, ist Form und Arbeitsmethode der demokratischen Parteiorganisation.“ Dieser emphatische Organisationsbegriff bildete bei Erkelenz das logische Komplement eines erstaunlich modern wirkenden und im politisch-intellektuellen Kontext seiner Zeit zugleich mutigen wie mehrdimensionalen Verständnisses von Parteien: Jene fungierten darin als Institutionen der politischen Willensbildung und der staatsbürgerlichen

²⁷ „Sitzung des Zentralvorstandes in Berlin“, 18. 4. 1920, in: Nationalliberalismus in der Weimarer Republik. Erster Halbbd. 1918–1925, Dok. 26, S. 290–302, hier: S. 297 (Zitat); „Sitzung des Zentralvorstandes in Berlin“, 26. 2. 1929, in: Nationalliberalismus in der Weimarer Republik. Zweiter Halbbd. 1926–1933, Dok. 73, S. 761–833, hier: S. 764 f.

²⁸ Vgl. u. a. Stefan-Georg Schnorr, Liberalismus zwischen 19. und 20. Jahrhundert. Reformulierung liberaler politischer Theorie in Deutschland und England am Beispiel von Friedrich Naumann und Leonard T. Hobhouse, Baden-Baden 1990, S. 258–263.

Bildungsarbeit, als „Sammelgefäß der Einzelwillen“ wie als Organe der Elitenbildung²⁹.

Ein vergleichbar reflektiertes, stimmiges Bild hatte im liberalen Spektrum der Weimarer Zeit Seltenheitswert. Ungeachtet dessen war es seinerseits auf charakteristische Weise in sich begrenzt und kann keineswegs als Beleg dafür dienen, Erkelenz als frühen Vertreter parteienstaatlichen Denkens zu deuten. Die tiefe Enttäuschung, mit der er das Ende der Großen Koalition von 1923 und die Rolle Stresemanns kommentierte, verrät sein eigentliches Anliegen: „Wenn Stresemann vom Tage seiner Kanzlerschaft ab aufhörte, sich als volksparteilicher Führer zu fühlen, wenn er in seine größere Aufgabe hinüberwuchs, dann hätte er vielleicht die ganze deutsche Innenpolitik konsolidieren können. Alle Parteien sind reif, zerschlagen zu werden, überreif. Sie warten nur auf den Mann und auf die Stunde, in der sie im Feuer zerschlagen und neu geschweißt werden. Die Stunde hatte geschlagen. Der Mann sollte Stresemann sein. Die Stunde ist zum Teil schon ungenutzt verflogen und der Mann ist gescheitert. [...] Seine Partei blieb ihm nächster Selbstzweck, statt Werkzeug zu größerem [!] zu werden und zu sein.“ Und: „Der Klassenkampf hüben und drüben hat erneut eingesetzt. Der liberale und demokratische Gedanke, in praktischer Arbeit alle Volksteile zu gemeinsamem Handeln und zu einheitlichem vaterländischen Denken zu erziehen, ist gescheitert, vorerst gescheitert.“³⁰

Parteien stellten sich in dieser Perspektive durchaus als ein notwendiger Bestandteil der parlamentarischen Demokratie dar. Allerdings besaß selbst die effektivste Parteiorganisation demnach nur so lange Existenzberechtigung, wie ihr volkspädagogisches Ziel, die Einigung der politischen Nation unter demokratischem Vorzeichen, noch nicht erreicht war. Mit der bloßen Hoffnung auf Fusion der liberalen Parteien, deren Chancen Erkelenz realistisch, d.h. skeptisch einschätzte³¹, war diese Sichtweise keineswegs deckungsgleich. Erkelenz' *attentistischer, integrativer Parteibegriff* wurzelte tiefer und hatte grundsätzlichere Implikationen. Nicht Parteienkonkurrenz, sondern möglichst gleichgerichtete Arbeit zum Besten der Republik, nicht Parteipolitiker, sondern starke überparteiliche „Führer“ standen für ihn im Zentrum seines Idealbilds einer stabilen demokratisch-republikanischen Ordnung. Es ist kaum von der Hand zu weisen, daß hier überdauernde, pluralismuskritische Sedimentschichten liberalen Denkens sichtbar wurden³². So registrierte der langjährige Reichsgeschäftsführer der DDP, Werner Stephan, im Jahr 1928 mit Sorge den vermeintlich radikalen Wandel ehemaliger „Gesinnungsparteien“ zur „reinen Interessenvertretung“, konstatierte das Vordringen „egoistischer Gruppeninteressen“ und befürchtete die „Atomisierung“ deutscher Politik. Bemerkenswert an dieser Einschätzung ist weniger die zutreffende Beobachtung, wonach es seit Ende des 19. Jahrhunderts zur wachsenden Durchdringung von „Interesse“ und „Politik“ weit über den liberalen Teil des

²⁹ Vgl. hierzu statt vieler Belege Erkelenz' Grundsatzreferat am Parteitag der DDP in Elberfeld 1922: „Die moderne Parteiorganisation der Demokratie“, in: Die Hilfe, 1. 11. 1922 (hier auch die Zitate).

³⁰ Anton Erkelenz, „Stresemann und die Große Koalition“, in: Die Hilfe, 1. 12. 1923, S. 400–402.

³¹ Anton Erkelenz, „Parlamentarismus und Parteiwesen“, in: Die Hilfe, 15. 2. 1926, S. 60 f.

³² Vgl. dazu auch Abschnitt V.

Parteienspektrums hinaus gekommen war³³. Signifikant erscheint vielmehr die durchgehend negative Wertung der Existenz „auseinanderstrebender Interessen“, die darin Ausdruck fand³⁴.

Auf den realen und vermeintlichen Zerfall der politischen Kultur Weimars, auf die zunehmende Pluralisierung und Organisation von Gruppeninteressen und den damit verbundenen Verlust der eigenen Wählerschaft haben viele Liberale in DDP und DVP bekanntlich mit dem Versuch geantwortet, die Kategorien „Staat“, „Volk“ und „Nation“ als politische Integrationskonzepte zu instrumentalisieren³⁵. Auch ihr Umgang mit Begriff und Realität der politischen Partei entsprach diesem Krisenreflex, der spätestens seit dem Kaiserreich zum Repertoire liberaler Politik gehörte. Im Einzelfall ergab sich so eine jeweils ganz persönliche Mischung von Motiven der Parteienkritik, die von der „Überzeugung von der Vereinbarkeit der Weltanschauungen auf der Basis eines demokratischen ‚Volksstaates‘“³⁶, im Falle von Erkelenz und Stephan, über ein der konstitutionellen Zeit entstammendes Staatsverständnis bis hin zu einem mehr oder minder ausgeprägten nationalstaatlichen Denken reichen konnten. Nicht selten standen die Intensität des Einheitsanspruchs und das Maß an Parteienkritik in einem direkt proportionalen Verhältnis zueinander.

Der bayerische Linksliberale und langjährige Reichstagsabgeordnete der Freisinnigen Volkspartei bzw. der DDP, Ernst Müller-Meiningen, stand für die letztgenannte Tendenz. Stark geprägt vom Einheitserlebnis des August 1914 und schockiert von den revolutionären Ereignissen 1918/19 hatte sich der Politiker wie manch andere „Vernunftrepublikaner“ aus Gründen der politischen Ratio mit der neuen Staatsform arrangiert. Sein politisch-intellektueller Werdegang entsprach dabei einem nicht unüblichen Muster. Bereits während des Kaiserreichs war er ausgesprochen engagiert für die Liberalisierung von Staat und Gesellschaft eingetreten und hatte vor allem die Fortentwicklung des Rechtsstaats und eine dezidiert antiklerikale Politik auf seine Fahnen geschrieben. In verfassungsrechtlicher Hinsicht vertrat er das Idealbild der konstitutionellen Monarchie, die konsequente Parlamentarisierung des Reiches gehörte jedoch nicht zu seinen Zielen. So geriet denn auch seine Wendung zur demokratischen Republik nach 1919 in dem Maße zu einer aufrichtigen Entscheidung, wie sie zugleich mit latentem Vorbehalt versehen blieb. Vor allem die parlamentarische Praxis und das Parteienwesen belegte Müller-Meiningen mit vernichtender Kritik. Geläufige Gravamina, wie sie durch Carl Schmitt in Weimarer Intellektuellenkreisen populär gemacht worden waren, verknüpfte er dabei mit eigenen Einschätzungen und Beobachtungen.

Im Gesamtzusammenhang einer tieferliegenden Krise parlamentarischer Kultur in Deutschland seien die Abgeordneten des Reichstags seit langem zu „Höri-

³³ Jones, *German Liberalism*, S. 98 f.; Döhn, *Politik und Interesse*; Langewiesche, *Liberalismus in Deutschland*, S. 248 f.; allgemein: Sigmund Neumann, *Die Parteien der Weimarer Republik*, Stuttgart 1965, S. 101 f., 104.

³⁴ Werner Stephan, *Die Organisation der Demokratischen Partei*, in: Anton Erkelenz (Hrsg.), *Zehn Jahre deutsche Republik. Ein Handbuch für republikanische Politik*, Berlin 1928, S. 543–550, Zitate: S. 544.

³⁵ Langewiesche, *Liberalismus in Deutschland*, S. 249, 260–272.

³⁶ Karl Dietrich Bracher, *Liberalismus im Jahrhundert der Ideologien*, in: ders., *Wendezeiten der Geschichte. Historisch-politische Essays 1987–1992*, München 1992, S. 133–142, Zitat: S. 135.

gen der Parteien und der allmächtigen Parteibureaukratie“ degradiert worden. Diese wirkten dabei als Transmissionsriemen, über den egoistische und skrupellose gesellschaftliche Kräfte wachsenden Zugriff auf Staat und Volksvertretung zu erhalten drohten: die „wirtschaftlich mächtigsten Kreise der Großindustrie, des Großhandels und der Hochfinanz“, die „mächtigen Berufsorganisationen“, schließlich die „eigensüchtigen Parteioligarchien“. Politisches „Cliquenwesen“ und „ekelhafte“ taktische Spiele mit dem Ziel des Machterwerbs dominierten deshalb das parlamentarische Leben, und dies bis hinein in den Bereich der Regierungsbildung, die regelmäßig eher nach Parteienproporz als zugunsten echter Führungspersönlichkeiten entschieden werde. Abhilfe lag demzufolge auf der Hand: die Rückkehr zu echten Weltanschauungsparteien, die nach „Staatsnotwendigkeiten“ handelten, und die Abwendung von der verderblichen Praxis des Listenwahlrechts, das die Politiker ihren Wählern entfremde: „Nicht Parteiwahlen, sondern Wahlen von Männern und Köpfen, die von dem wirklichen Vertrauen der Wählerschaft getragen sind, tun uns heute in Deutschland not.“³⁷

Die Rückkehr zum Abgeordnetentypus des 19. Jahrhunderts und zur frei beratenden parlamentarischen Versammlung, in der unabhängige Deputierte öffentlich in ideeller und rhetorischer Konkurrenz das allgemeine Beste ausfindig zu machen hätten – dieses Idealbild eines deliberativen Parlamentarismus stand letztlich hinter den zeitkritischen Invektiven Müller-Meinings. Mit „allgemeinen, inhaltslosen Floskeln“³⁸ hatte dies weniger zu tun als mit einem reformerischen Impetus, der sich in Gestalt einer rückwärtsgewandten Utopie konkretisierte. Nicht der Systemwechsel war anvisiert, sondern die Befreiung des Systems von jenen Auswirkungen der Parteiendemokratie, die Müller-Meinings als Knebelung des „echten“ Parlamentarismus verstand, wie sie in Deutschland schon *in ovo* eingetreten sei: „das neu errungene parlamentarische System [...]. Wir hatten es überhaupt niemals; es ging an unserer neuen „Obrigkeit“, dem Parteibonzentum, dem allgewaltigen Fraktions-Beschluß-Wesen, sofort wieder verloren, bevor es nur richtig zum Leben geweckt wurde.“

Die neue historische Aufgabe der Liberalen lag deshalb im Denksystem Müller-Meinings auf eben diesem Feld, und sie umfaßte mehr als eine bloße Parlamentsreform. Die notwendige Einführung des deliberativen Parlamentarismus stand als politisches Kernstück und Symbol für die Anbahnung einer freieren, ausbalancierten und geeinten Gesellschaft; sie kam somit der direkten Fortsetzung des liberalen Kampfes gegen Kirche, Feudalstaat und Junkertum gleich: „Hier muß der Liberalismus als der gegebene Schützer und Retter eines gerechten und reinlichen Staatswesens auftreten, der gegen die Auslieferung des neuen Staats an

³⁷ Ernst Müller-Meinings, *Parlamentarismus. Betrachtungen, Lehren und Erinnerungen aus deutschen Parlamenten*, Berlin/Leipzig 1926, bes. S. 51–60, Zitate: S. 36, 25f., 52, 51, 38. Zum politischen Profil Müller-Meinings: Joachim Reimann, Ernst Müller-Meinings senior und der Linksliberalismus in seiner Zeit. Zur Biographie eines bayerischen und deutschen Politikers (1866–1944), München 1968; Christoph Jahr, *Liberaler Antiparlamentarismus? Die Krise des Linksliberalismus im späten Kaiserreich und in der Weimarer Republik am Beispiel des Reichstagsabgeordneten Ernst Müller-Meinings*, in: Wolther von Kieseritzky/Klaus-Peter Sick (Hrsg.), *Demokratie in Deutschland. Chancen und Gefährdungen im 19. und 20. Jahrhundert. Historische Essays*, München 1999, S. 153–172; Kurt Sontheimer, *Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik*, München 1994, S. 150f.

³⁸ Jahr, *Liberaler Antiparlamentarismus?*, S. 165.

eine bestimmte soziale Macht- oder Parteigruppe kämpft: Todfeind jeglicher wie immer gearteten Diktatur oder Privilegienwirtschaft!“³⁹

Diese und vergleichbare Positionen der Parteiskepsis, ja -phobie wurden in den Reihen der Linksliberalen keineswegs nur als Außenseiteroptionen laut. Anders als Müller-Meiningen, der sich 1924/25 aus der DDP zurückzog und das politische Geschehen fortan als Publizist kommentierte, stand Gertrud Bäumer über Jahrzehnte hinweg aktiv an der Spitze der Partei. Von Juli 1919 bis November 1930 stellvertretende Vorsitzende des Parteiausschusses, führte sie 1924 die Reichsliste der DDP an und hatte zwischen 1919 und Juli 1932 ein Reichstagsmandat zunächst der DDP, dann der Staatspartei inne. Wie Anton Erkelenz entstammte sie dem Umkreis Naumanns und versuchte nach dem frühen Tod des gemeinsamen Mentors, dessen Ideeengebäude eines „nationalen Sozialismus“ in der Partei mehrheitsfähig zu machen. Die „Revision des liberalen Kapitalismus durch den sozialen Gedanken“, die „Belebung des demokratischen Staatsideals“, die Balance zwischen einem „recht verstandenen“ Nationalismus und Pazifismus, schließlich die Einbindung religiöser Werte machten für Bäumer die Kernelemente einer erstrebenswerten liberalen Politik aus⁴⁰.

Anders als Müller-Meiningen, doch ähnlich wie Erkelenz erwartete sie von der Revolution 1918/19 den Anstoß für eine umfassende, moralisch-politische Erneuerung der Deutschen. In der persönlichen intellektuellen Vita Bäumers nimmt sich diese Hoffnung als die leicht modifizierte Wiederaufnahme ihres subjektiven Einheitserlebnisses von August 1914 aus, das für sie zumindest in der Anfangsphase des Weltkriegs vermeintliche Realität und in der Folge geradezu mystisch erklärte Qualität gewonnen hatte. Es bestand für sie im „Zusammenwachsen aller nationalen Kräfte zu einem großen, gemeinsamen Willen: durch den uns aufgezungenen Weltkrieg die Macht und Größe unserer Nation zu erhalten.“⁴¹ Wie für Müller-Meiningen stellte das Augusterlebnis für Bäumer die eklatante Bestätigung dafür dar, daß es politisch möglich sein mußte, den alten liberalen Traum einzulösen und Individuum, Staat und Nation in ein Verhältnis stabilisierter Harmonie zu bringen.

Aus dieser Perspektive gewann die politische Realität der Nachkriegszeit unausweichlich defizitäre Züge. Gertrud Bäumer akzeptierte die demokratische Republik und deren Verfassung, auch wenn ihre hochfliegenden, in expressionistischer Manier formulierten Hoffnungen auf das Erstehen eines „neuen Menschen“ zwangsläufig enttäuscht wurden. Der innere Friede jedoch, den sie mit dem neuen Staat schloß, behielt eine generelle Vorbehaltsklausel: Die Funktion des neugewonnenen parlamentarischen Systems und insbesondere die Rolle der politischen Parteien darin hielt sie für ungenügend, ja gefährlich. Buchstäblich über ein Jahrzehnt hinweg wurde Gertrud Bäumer nicht müde, den Verfall parlamentarischer Sitten zu beklagen und die „*parteilose Politik*“ als Ideal- und Gegenbild zu propagieren. Daß die Bildung von Parteien in einer modernen Demokratie ein normaler Vorgang sei, war Bäumer dabei durchaus bewußt. Es mußte aber darum

³⁹ Müller-Meiningen, Parlamentarismus, S. 54 (Zitat), S. 24–27 (Zitat: S. 26).

⁴⁰ Brief Gertrud Bäumers an Hermann Dietrich, 18. 12. 1930, zitiert nach: Werner Huber, Gertrud Bäumer. Eine politische Biographie, Diss. München 1970, S. 135.

⁴¹ Gertrud Bäumer, Weit hinter den Schützengräben. Aufsätze aus dem Weltkrieg, Jena 1916, S. 27.

gehen, ihren Einfluß weitestmöglich zurückzudrängen zugunsten eines Mehr an „Staatsbewußtsein“ und überparteilicher Gemeinwohlpolitik, denn: „Bisher hat man das parlamentarische System in Deutschland in viel zu pedantischer Bindung an die Parteien angewendet.“⁴²

Gertrud Bäumer hat über das Ende der Weimarer Republik hinaus an ihrer Parteienkritik festgehalten und sie auf ihre Art logisch fortgedacht. Als Mitbegründerin der „Deutschen Staatspartei“ versuchte sie 1930, den Resten liberaler Organisation in Deutschland Anschluß an eine überparteiliche „Bewegung“ zu verschaffen; dem nationalsozialistischen Anspruch auf Sammlung aller nationalen Kräfte stand sie durchaus aufgeschlossen gegenüber. Obwohl sie bereits im Februar 1933 als Ministerialrätin aus der kulturpolitischen Abteilung des Reichsinnenministeriums entlassen wurde, pflegte sie in der Folge ein ambivalentes Verhältnis zu den neuen Machthabern und ihrer Politik. Ein anfangs dominierender kritischer Unterton vor allem gegenüber der Person Hitlers und den Umständen der „Machtergreifung“ machte rasch dem forcierten Bemühen Platz, nach Ansätzen für eine ideologische Annäherung zwischen „nationalsozialem“ und nationalsozialistischem Denken zu suchen. Beeindruckt von den außenpolitischen Erfolgen, von der „Staatsauffassung“ und den völkischen Einheitsparolen der Nationalsozialisten wandte sich Gertrud Bäumer zunehmend von den liberalen Grundlagen ihres politischen Denkens ab. Die Abrechnung mit Parlamentarismus und Parteienstaat fiel nun immer eindeutiger aus. Im Herbst 1933 sprach sie vom „entarteten Parlamentarismus“ der Weimarer Zeit und erachtete es als „zwangsläufig, daß ein neuer Versuch nationalsozialer Politik heute noch viel weniger mit dem Parteienstaat gemacht werden kann als damals. Insofern müssen wir, die wir früher einen Teil unserer Kraft vergeblich an den Versuch nationalsozialer Politik gesetzt haben, die Überwindung des Parteienstaates als eine notwendige Voraussetzung eines unvergleichlich breiteren und größeren Versuchs anerkennen.“⁴³

Gertrud Bäumers Sicht verdeutlicht als extremes und dennoch signifikantes Beispiel, wie anfällig die in bürgerlich-liberalen Kreisen verbreitete Sehnsucht nach politischer Einheit und die fortlebende Illusion überparteilicher Konfliktregelung auch für solche Ideologieangebote machen konnte, die dem Kernbestand liberaler Doktrin diametral entgegenstanden. Daraus erwuchs nicht nur eine gefährliche begriffliche Nähe zu den Argumentationsmustern antidemokratischer Pamphlete. Der Glaube an die Möglichkeit einer „Regierung ohne Parteien“, wie er im konservativen Bürgertum weit verbreitet war, hatte darüber hinaus wesentlichen Anteil daran, daß die als „Bewegung“ auftretende NSDAP ihre Rolle als al-

⁴² Gertrud Bäumer, „Parteifreie Politik“, in: *Die Hilfe*, 19. 2. 1920, S. 116 f.; dies., „Fraktionspolitik“, ebenda, 15. 2. 1922, S. 67; dies., „Wann bekommen wir einen anständigen Parlamentarismus?“, ebenda, 15. 3. 1929, S. 133 f.; dies., *Grundlagen demokratischer Politik*, Karlsruhe 1928, S. 52 f. (Zitate); abgewogener: dies., „Parteien: I. Politische Parteien“, in: *Die Religion in Geschichte und Gegenwart*, Bd. IV, Tübingen 1930, Sp. 971–973.

⁴³ Gertrud Bäumer, *Lebensweg durch eine Zeitenwende*, Tübingen 1933, S. 414 (Zitat), vgl. auch S. 408; dies., „Die Partei der nationalen Sozialisten. Eine Erinnerung an den August 1903“, in: *Die Hilfe*, 2. 9. 1933, S. 433–436 (Zitat: S. 435 f.). Zu Bäumers Haltung gegenüber der Republik von Weimar und der NS-Diktatur: Huber, Gertrud Bäumer, S. 315–438.

ternative politische Kraft überzeugend spielen und bis November 1932 in die bekannten Stimmengewinne ummünzen konnte⁴⁴.

IV.

Wie in Deutschland fanden sich auch im liberalen Milieu der späten Dritten Republik unterschiedlich akzentuierte Konzeptionen von Demokratie, Repräsentation und Parteienwesen. Vordergründig von ähnlicher, dezidierter Ablehnung gegen festere politische Organisationsformen geprägt, haben Liberale in Frankreich auf anderem allgemeinpolitischen und ideologischen Hintergrund agiert; sie entwickelten teils analoge, teils deutlich unterschiedliche Modelle zur Bewältigung derjenigen Wandlungen, die sie als Einbruch der „politischen Moderne“ in die etablierten Strukturen der französischen Nachkriegsdemokratie erlebten⁴⁵.

Der Philosoph und Gymnasialprofessor Émile Chartier, zwischen 1909 und 1933 Lehrer am Pariser Lycée Henri IV, gab unter dem Pseudonym „Alain“ eine solche Analyse und Zusammenfassung linksliberaler Doktrin mit reformerischem Anspruch. Seine 1925 erschienenen „*Éléments d'une doctrine radicale*“ waren vom Verlag in der Absicht publiziert worden, eine Art politisch-intellektuelles Handbuch des *Cartel des Gauches* abzugeben. So lassen sich darin die Grundzüge einer Weltanschauung des *radicalisme* wiederfinden, die bewußt eher abgehoben von Tagesfragen mit dem Anspruch formuliert wurden, der als defizitär empfundenen Gegenwart ein Korrektiv vorzustellen. Es war zweifellos der Reflexionsstand der Vorkriegsjahrzehnte, der mit Chartiers Werk in die Zwischenkriegszeit hineinragte. Eben dadurch aber spiegelte sein Gedankengebäude durchaus die intellektuelle Situation eines *Parti Radical* wider, der nach 1919 mehr als jede andere Partei Frankreichs den politischen Wertekanon und die Organisationsformen der Jahre vor 1914 verkörperte. In mancher Hinsicht selbst ein politischer Anachronismus, griff die Partei in ideologischer Hinsicht zunächst auf Bewährtes zurück. Ein Kernbestand an theoretischen Grundannahmen und mentalen Prägungen blieb darüber hinaus bis zum Ende der Republik die Basis einer fluiden Parteidoktrin, die durch Ansätze zur Neubestimmung nicht ausgelöscht, sondern überlagert und ergänzt wurde⁴⁶.

Chartiers mosaikartig angeordnete Reflexionen waren zwischen 1906 und 1914 bzw. 1921 und 1924 bereits als kurze, essayhafte „Propos“ in der Presse erschienen. Es war eine radikale Demokratie, die Chartier in der geistigen Nachfolger-

⁴⁴ Sontheimer, Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik, S. 150ff.; Hans Mommsen, Die Illusion einer Regierung ohne Parteien und der Aufstieg der NSDAP, in: Eberhard Kolb/Walter Mühlhausen (Hrsg.), Demokratie in der Krise. Parteien im Verfassungssystem der Weimarer Republik, München 1997, S. 113–139, hier: S. 133f.

⁴⁵ Gilles Le Béguec/Jacques Prévoat, 1898–1919. L'éveil à la modernité politique, in: Jean-François Sirinelli (Hrsg.), Histoire des droites en France, Bd. I: Politique, Paris 1992, S. 213–289.

⁴⁶ Alain [Émile Chartier], *Éléments d'une doctrine radicale* („Les documents bleus“, Bd. 24), Paris 1925. Zur Biographie und zum intellektuellen Profil Alains, nicht jedoch zu dessen politischem Weltbild: Jean-François Sirinelli, Génération intellectuelle. Khâgneux et normaliens dans l'entre-deux-guerres, Paris 1988, S. 85–95, 427ff.; Jean Touchard, La gauche en France depuis 1900, Paris 1977, S. 123–125; Nordmann, Histoire des Radicaux, S. 137–144. Zum Parti Radical: Berstein, Parti Radical I, S. 165–176, 316ff.

schaft von Emile Combes oder Camille Pelletan einforderte, und sie besaß ihr historisches Widerlager in den politischen Kämpfen des 19. Jahrhunderts um die Durchsetzung der Republik. Die Vorstellung eines schroffen Gegenübers von Staat und Gesellschaft markierte denn auch eine Zentralstelle seines Gedankensystems; die klassisch liberale Idee des Widerstands gegen die Zumutungen ausufernder staatlicher Macht stand im Mittelpunkt. Für die parlamentarische Ebene bedeutete dies, daß eine traditionell dualistisch-gewaltenteilige Auffassung dominierte und daß die Kontrollfunktion der Abgeordnetenversammlung neben ihrer legislativen Funktion absoluten Vorrang hatte: „Où est donc la Démocratie, sinon dans ce troisième pouvoir que la Science Politique n'a point défini, et que j'appelle le Contrôleur? Ce n'est autre chose que le pouvoir, continuellement efficace, de déposer les Rois et les Spécialistes à la minute, s'ils ne conduisent pas les affaires selon l'intérêt du plus grand nombre.“⁴⁷ Außerhalb der Abgeordnetenkammer hingegen sollte die feste Bindung des Deputierten an seinen überschaubaren, heimatlichen Wahlkreis die beste Gewähr für eine gerechte Politik und gegen die stets drohende Entfremdung von Wahlvolk und parlamentarischer Vertretung bieten. Die Persönlichkeitswahl auf der Ebene des Arrondissements schien Chartier am sichersten geeignet, die Demokratie direkt und kontinuierlich zu gestalten. Sie allein und eben nicht die Verhältniswahl sei geeignet, den Typus des im Leben erprobten, unabhängigen, rechtschaffenen und ehrlichen Kandidaten zu begünstigen, der, bekannt im Wahlkreis, mit seinem Charakter und seiner Lebensführung für die gewissenhafte Vertretung der Wähler bürgen könne: „Ce que j'appelle un radical, c'est un homme qui aime le droit et l'égalité. [...] Son programme, c'est lui-même. Son radicalisme est en lui, et non sur les affiches qu'il a signées.“⁴⁸

Für organisierte Parteien moderneren Stils blieb in diesem idealen Szenario naturgemäß kein Raum. Das Eigengewicht des Apparats, so Alain, mache Parteien zunehmend „blind“ gegenüber der Basis, fördere Karrieristen und Blender, schaffe eine abgehobene Schicht politischer Eliten und gefährde damit den Kernbestand einer zugleich unmittelbaren wie menschlichen Demokratie. Im Parlament verhindere das um sich greifende Fraktionswesen mehr und mehr den freien Diskurs unabhängiger Deputierter, beschränke die Spontaneität und unterminiere die Öffentlichkeit der Debatten. Die einzig „wahre“ parlamentarische Repräsentation schließlich, also jene, die nicht Parteien oder Ideologien, sondern die Gemeinschaft der Wähler vertrete, werde in Frage gestellt, denn: „Selon le système de la représentation proportionnelle, pris à la rigueur, un député représente des électeurs qui pensent comme lui. Au contraire, dans le système de l'arrondissement [...] le député représente une région et tous ceux qui y vivent, quelle que soit leur opinion.“ „Voilà pourquoi je veux que l'on considère plutôt le caractère d'un homme, sa probité et sa puissance de travail, que le parti organisé dont il aura reçu l'investiture.“ – „Et je suis mieux représenté par l'adversaire consciencieux et incorruptible que par un orateur fameux ou un intrigant redoutable que mon parti

⁴⁷ Alain, „Le tribun“ (15 mai 1924), in: *Éléments*, S. 13–15; ders., „Combes“ (1^{er} juin 1921), ebenda, S. 173–175; ders., „Le troisième pouvoir“ (12 juillet 1910), ebenda, S. 151–153 (Zitat: S. 152).

⁴⁸ Zu Arrondissementswahlrecht und Kandidatenkür: Alain, „Petites mares“ (8 août 1912), in: *Éléments*, S. 184 f.; ders., „Ploutocratie“ (9 septembre 1911), ebenda, S. 41–43; ders., „Candidats“ (30 décembre 1909), ebenda, S. 182 f. Zitat: ders., „Programmes“ (20 mars 1909), ebenda, S. 179.

m'imposerait.“⁴⁹ Kurz: Chartier vertrat die überparteiliche Repräsentation auf der Grundlage eines basisnahen und stark individualistisch strukturierten Ideals von der „wahren“ Demokratie.

In partei- und repräsentationsgeschichtlicher Hinsicht gab Chartier damit jenem Radikalismus des frühen 20. Jahrhunderts Stimme, dessen führende Vertreter mit ihrem Einrücken in politische Positionen der Dritten Republik zunehmend die Forderung nach Radikaldemokratisierung der französischen Gesellschaft zurückgestellt, den Verfassungskompromiß von 1875 akzeptiert und mit ihm auch den repräsentativen Parlamentarismus liberaler Prägung adoptiert hatten⁵⁰. Darüber hinaus reflektierten seine „Éléments“ den fortbestehenden Anspruch auf Realisierung eines Vergesellschaftungs- und Repräsentationsmodells, das mindestens bis in die dreißiger Jahre auch den Kern der offiziell vertretenen radikal-sozialistischen Demokratie- und Weltansicht ausmachte.

In den Äußerungen der Parteiführung bildete die Idee von der Sonderstellung der *Radicaux* im politischen System einen unablässig wiederkehrenden Topos, auf dessen Suggestivkraft man auch dann noch setzte, als sich intern bereits Tendenzen eines neueren Verständnisses zeigten. Der politische Mythos, der hartnäckig entfaltet wurde, umfaßte nichts weniger als den Anspruch, *Partei über den Parteien* zu sein, oder präziser: die „Antinomie von Demokratie und Macht“⁵¹ in einer politischen Vision zu überbrücken, als deren privilegierte Träger man sich verstand und darstellte. *Radical* zu sein, hieß demnach, die Republik jenseits ihrer verfassungstheoretischen Qualität ernstzunehmen als ganz praktische Verheißung von Rechtsgleichheit, Laizität, sozialer Gerechtigkeit und Vorrang der Volksvertretung im Spiel der Gewalten. In der radikalsozialistisch inspirierten Presse, in Broschüren, Buchpublikationen und auf den jährlich stattfindenden Parteitagen zelebrierte man den daraus abgeleiteten Anspruch auf umfassende Repräsentation der *ganzen* Nation: „Nous sommes le parti de la défense républicaine; nous sommes l'axe même de la République laïque et démocratique et si, demain, par un malheur que je ne veux pas envisager, nous venions à disparaître, c'est la République elle-même qui serait atteinte par notre disparition.“⁵² Radikalsozialistische Politik wurde verstanden und öffentlichkeitswirksam präsentiert als Umsetzung des Glaubens an die Macht der Vernunft und die Emanzipation des einzelnen, an die Reformierbarkeit der Verhältnisse, an den gesellschaftlich-politischen Fortschritt und an die Möglichkeit, das irdische Glück aller Würdigen schließlich doch noch zu realisieren. Édouard Herriot, Parteichef von 1919 bis 1926 und erneut zwischen 1931 und 1936, gehörte zu jener älteren, im ausgehenden 19. Jahrhundert verwurzelten Generation, die die Pflege dieses Mythos als Teil ihrer persönlichen politischen Identität verstand und bis in die Zwischenkriegsjahre verkörperte.

⁴⁹ Alain, „Partis organisés“ (13 octobre 1912), in: *Éléments*, S. 180–182; ders., „Groupes“ (6 juin 1910), ebenda, S. 110f. Zitate: ders., „L'électeur et les partis“ (30 juin 1911), ebenda, S. 175–177, hier: S. 177; ders., „Petites mares“ (8 août 1912), ebenda, S. 185.

⁵⁰ Zur politischen Integration jener Radicaux bis 1890: Daniel Mollenhauer, *Auf der Suche nach der „wahren Republik“*. Die französischen „radicaux“ in der frühen Dritten Republik (1870–1890), Bonn 1997, S. 308ff.

⁵¹ Nordmann, *Histoire des Radicaux*, S. 321.

⁵² So der Abgeordnete Léon Martinaud-Déplat in seiner Stellungnahme während des Parteikongresses von Angers 1928 (zitiert nach Nordmann, *Histoire des Radicaux*, S. 322).

Nicht selten in quasi-religiösen Wendungen feierte er die schlechthin universale Mission der Partei: „Être radical, c'est demeurer optimiste. C'est affirmer qu'il y a de par le monde beaucoup plus de soleil que d'ombre. [...] Être radical, c'est nier que cette terre soit une vallée de larmes. C'est l'orner de ces fleurs spirituelles qui ne craignent ni brumes ni frimas. C'est réconforter les âmes et les corps en entretenant comme la flamme d'un autel, le foyer vigilant de l'idée républicaine.“⁵³

Zweifellos trug diese Selbstpräsentation der Partei ausgeprägte Züge einer wenn nicht „erfundenen“, so doch in gewissem Maße konstruierten Tradition⁵⁴. Zwar besaß sie eine reale Verankerung in der Vergangenheit, war doch nicht daran zu zweifeln, daß jener „parti républicain“, auf den man sich unablässig in ritualisierter Form bezog, erst gegen Anfang der 1880er Jahre auseinandergebrochen war. Als Erinnerungskern fortgedacht und als politische Kategorie bis in die dreißiger Jahre instrumentalisiert, gewann sie jedoch in dem Maße den Charakter einer zeit- und sachinadäquaten Ideologie, in dem auch in Frankreich spätestens seit der parteipolitischen Konsolidierung der Arbeiterbewegung die Zeichen auf zunehmende Ausdifferenzierung der politischen Kräfte hindeuteten. Ein neues Verständnis der eigenen Rolle als politische Vertretung setzte sich im *Parti Radical* erst im Gefolge der Erfahrungen mit der Volksfront durch⁵⁵. Die rückwärtsgewandte Utopie von der wiederherzustellenden, sämtliche Parteiongen überwölbenden Einheit aller Republikaner lebte indes nicht nur bei den *Radicaux* als politischer Imperativ fort. Ihres konkreten Inhalts zunehmend entleert, hatte sie insbesondere in Krisenzeiten regelmäßig ihr mobilisierendes, identitätsstiftendes Potential unter Beweis zu stellen⁵⁶.

Es entsprang nicht nur nationalpsychologischer Eigenart⁵⁷ oder der traditionell schwierigen Organisierbarkeit liberaler Klientel, wenn im *Parti Radical* bis 1940 keine Parteistrukturen entstanden, die an Tragkraft und Verbindlichkeit den Organisationsformen linker Gruppierungen oder deutscher liberaler Parteien gleichgekommen wären. Vielmehr trug der skizzierte ideologische Unterbau, in dem sich ein individualisierendes Politikverständnis mit universalem Vertretungsanspruch verband, erheblich dazu bei, daß sich die französischen Radikalen bis 1940 „nur in begrenztem Maße als Partei akzeptierten“⁵⁸. Im internationalen Vergleich relativ spät gegründet, versammelte der *Parti Républicain Radical et Radical-so-*

⁵³ Édouard Herriot, Préface, in: Jammy Schmidt, *Idees et images radicales* (Les grands partis politiques), Paris 1934, S. III f. Zur Person: Serge Berstein, *Édouard Herriot ou la République en personne*, Paris 1985.

⁵⁴ Vgl. zum Paradigma der „invented tradition“: Eric Hobsbawm, Introduction: Inventing Traditions, in: ders./Terence Ranger (Hrsg.), *The Invention of Tradition*, Cambridge 1983, S. 1–14.

⁵⁵ Vgl. hierzu den folgenden Abschnitt V.

⁵⁶ Zur Entstehung, Transformation und traditionsstiftenden Kraft dieses Ideologems vgl. die frühe Arbeit von Georges Weill, *Histoire du parti républicain en France de 1814 à 1870*, Paris 1900; in neuerem Ansatz: Claude Nicolet, *L'idée républicaine en France (1789–1924). Essai d'histoire critique*, Paris 1982. Zu Fortentwicklung und Krise in den dreißiger Jahren: Serge Berstein/Odile Rudelle (Hrsg.), *Le modèle républicain*, Paris 1992; Serge Berstein, *Démocraties, régimes autoritaires et totalitarismes au XX^e siècle. Pour une histoire politique comparée du monde développé*, Paris 1992, S. 101–107; ders., *Le modèle républicain: une culture politique syncrétique*, in: ders. (Hrsg.), *Les cultures politiques en France*, Paris 1999, S. 113–143.

⁵⁷ Vgl. zu dieser Deutung etwa André Siegfried, *Das heutige Frankreich. Sein Charakter, seine Politik, seine Parteien*, Stuttgart/Berlin 1931, S. 39 ff. (frz.: ders., *Tableau des partis en France*, Paris 1930).

⁵⁸ Daniel Bardonnnet, *Évolution de la structure du Parti radical*, Paris 1960, S. 10.

cialiste ab 1901 zunächst eine lose Gemeinschaft von Abgeordneten und Senatoren, Vertretern lokaler Wahlkomitees, sympathisierenden Presseorganen, Freimaurerlogen, Debattierclubs und weiteren Assoziationen linksliberal-republikanischer Provenienz. Zwar entwickelte sich in den Jahren zwischen den Weltkriegen ein zunehmend dichtes Netz von „Fédérations“ auf mittlerer, d. h. Départementebene. Eine straff geführte, moderne Partei mit geschlossen agierender Fraktion oder dem Anspruch, eine Massenklientel zu integrieren, entstand daraus jedoch nicht. Insbesondere bot die Interessenvermittlung zwischen der regionalen Basis, der Parteiführung und den radikalsozialistischen Parlamentsabgeordneten kontinuierlich Anlaß für Konflikte. Einzelne Reformbestrebungen, wie sie etwa 1927/28 und 1934 seitens der jüngeren Generation in der Partei unter Édouard Daladier mit dem Ziel der stärkeren Disziplinierung und Koordination vorgetragen wurden, hatten kaum Erfolg. Sie scheiterten jeweils am Beharrungsvermögen der parlamentarischen Partieliten, die erfolgreich ein hohes Maß an Autonomie verteidigten konnten. Ohnehin war es erst 1913 gelungen, jene Abgeordneten, die sich auf die Zugehörigkeit zum *Parti Radical* beriefen, mehrheitlich in einer gemeinsamen Fraktion zu vereinigen; seit 1911 waren den Deputierten und Komitees parallele Mitgliedschaften in anderen Parteien untersagt. Buchstäblich bis in die letzten großen Abstimmungen der Dritten Republik hinein aber konnten die radikalsozialistischen Parlamentarier ihren Anspruch auf völlige Freiheit des Votums behaupten. Eine auch nur weitgehende Fraktionsdisziplin etwa im deutschen Sinne gab es im *Parti Radical* bis 1940 nicht; allerdings entstanden in der Fraktion aus Gründen der politischen Effektivität mehrere Blöcke radikalsozialistischer Abgeordneter, die zumindest zeitweise gemeinsam agierten⁵⁹.

In noch ausgeprägterer Form stellte sich das Problem des Verhältnisses von Parteiideologie, Parteiorganisation und Reformbemühungen im rechtsliberalen Lager dar. Die wichtigste politische Gruppierung dieser Tendenz, die 1902 gegründete *Alliance Républicaine Démocratique*, brachte das unter ihren Mitgliedern vorherrschende individualisierende Politikverständnis bereits in der Namensgebung zum Ausdruck. Zwar entwickelte man zunehmend ausführliche „Parteiprogramme“, hielt jährliche Kongresse ab und legte sich eine auf den ersten Blick hierarchisch durchgegliederte Organisationsstruktur zu. Realiter behielt die *Alliance* aber stärker noch als der *Parti Radical* den Charakter einer Honoratiorenvereinigung, die vorwiegend als Wahlhilfsorganisation agierte, in den Wahlkreisen vor Ort hauptsächlich personenbezogen verankert blieb und von einer Gruppe einflußreicher, profilierter Abgeordneter dominiert wurde. Die Parlamentarier, die der *Alliance* nahestanden, bekannten sich noch im Vorfeld der letzten nationalen Wahlen der Dritten Republik von 1936 nur zum Teil zu ihrer Partei. Durchwegs verteilten sie sich nach 1919 in der Kammer auf bis zu vier Fraktionen, deren Zusammensetzung keineswegs immer Ausdruck klar abgrenzbarer, unterschiedlicher politischer Orientierungen war. Historische Gründe, also das Nachwirken vergangener Spaltungen und Zusammenschlüsse, konnten ebenso

⁵⁹ Jacques Kayser, *Les grandes batailles du radicalisme (1820–1902)*, Paris 1962; Berstein, *Parti Radical I*, S. 177–258; ders., *Parti Radical II*, S. 80–125; Bardonnet, *Évolution*; von Albertini, *Parteiorganisation*, S. 572–580.

ausschlaggebend sein wie schwer nachvollziehbare taktische Überlegungen der einzelnen Abgeordneten, persönliche Affinitäten oder auch die Absicht, deutliche programmatisch-personelle Akzente gegen bereits etablierte „groupes“ zu setzen⁶⁰.

Vorwiegend der Wunsch nach Stärkung der eigenen Schlagkraft trug dazu bei, daß seit 1919 intern die Rufe nach mehr politischer Disziplin und nach Ausbau zur „echten“ Partei nicht mehr verstummen. Vorherrschend war dabei allerdings ein attentistischer Parteibegriff, der die eigene Existenz als bloßen Übergangszustand auf dem Weg zum eigentlich erstrebenswerten Ziel verstand: der Herstellung einer großen republikanischen Sammlungsbewegung, in deren Zentrum idealiter nicht der konkurrierende *Parti Radical*, sondern die *Alliance* stehen sollte. Entsprechend war das Wahlbündnis, das im November 1919 unter der Bezeichnung „Bloc national“ antrat, von seinen Initiatoren in der *Alliance* als Vorentwurf eines übergreifenden „parti républicain“ und als Verlängerung der „Union sacrée“ aus Kriegszeiten gedacht gewesen⁶¹. Auch jene Parteimitglieder der jüngeren Generation, die wie Paul Reynaud oder Pierre-Étienne Flandin aus grundsätzlicheren systemtheoretischen Gründen zur Überzeugung gekommen waren, daß hinreichend organisierte Parteien im modernen Parlamentarismus unverzichtbar seien, orientierten sich in ihren Erneuerungsanstrengungen eher am Modell der britischen Konservativen als am Beispiel der französischen Linksparteien. Konkret hieß dies, daß die Reformer einerseits auf die Einigung und Disziplinierung der zerstreuten Kräfte im Parlament setzten, daß sie andererseits den Ausbau des außerparlamentarischen Apparats zur funktionierenden Wahlkampfmaschinerie zu forcieren suchten⁶².

Wenn bis 1940 auf beiden Feldern nur unwesentliche Fortschritte erzielt wurden⁶³, dann lag dies in erster Linie am Fortwirken eines Politikmodells, das bereits

⁶⁰ Die spannende Frage nach Bedeutung und genauer politischer Rolle der Fraktionen im Bereich der parlamentarischen „Mitte“ ist für die französische Dritte Republik noch nicht hinreichend erforscht. Lediglich für die Frühphase und die Wahlperiode 1919–24 liegen bislang eingehende neuere Studien vor. Vgl. Jean Waline, *Les groupes parlementaires en France*, in: *Revue du Droit Public et de la Science Politique* 77 (1961), S. 1170–1237, sowie die exzellente Studie von Pierre Sorlin, *Waldeck-Rousseau*, Paris 1966, hier: S. 175 ff. In neuerem Ansatz: Rainer Hudemann, *Fraktionsbildung im französischen Parlament. Zur Entwicklung des Parteiensystems in der frühen Dritten Republik (1871–1875)*, München 1979; ders., *Les groupes parlementaires dans les stades de formation du parlementarisme français au XIX^e siècle. Méthodes d'analyse et typologie*, in: Serge Berstein/Pierre Milza (Hrsg.), *Axes et méthodes de l'histoire politique*, Paris 1998, S. 319–333; Mollenhauer, *Auf der Suche nach der „wahren Republik“*; Nicolas Roussellier, *Le parlement de l'éloquence. La souveraineté de la délibération au lendemain de la Grande Guerre*, Paris 1997.

⁶¹ Die Artikel zu diesem Thema in der Parteipresse sind Legion, vgl. z. B.: Albert Mamelet, „Il faut refaire un grand Parti Républicain“, in: *L'Alliance Républicaine Démocratique*, 8. 2. 1920; „Les éléments et les limites d'un grand parti républicain“, ebenda, 16. 5. 1920; „Vers la reconstitution du Parti Républicain“, ebenda, 6. 6. 1920. Zur parteipolitischen Fundierung des Bloc National: Roussellier, *Parlement de l'éloquence*, S. 24–43.

⁶² Zu Parteienbegriff und organisatorischer Praxis im rechtsliberalen Milieu auch: Grüner, Paul Reynaud, S. 30–40, 124–134; Donald G. Wileman, P.-É. Flandin and the Alliance Démocratique, 1929–1939, in: *French History* 4 (1990), S. 139–173, bes. S. 143–146, 152–156; Nicolas Roussellier, *La culture politique libérale*, in: Serge Berstein (Hrsg.), *Les cultures politiques en France*, Paris 1999, S. 69–112, bes. S. 90 ff.

⁶³ Glaubt man den Berichten der Parteipresse, dann kam es nach 1933 zur Neukonstitution einer ganzen Reihe von regionalen Comités und zu einer spürbaren Zunahme der Mitgliederzahlen bis auf etwa 20000 „adhérents“ gegen Mitte der dreißiger Jahre (Audigier, *L'Alliance Démocratique*,

die politische Kultur der Gründergeneration in der *Alliance* bestimmt hatte. Ohne die eigenen Prämissen ähnlich klar auszuformulieren, wie es Alain für den *Parti Radical* getan hatte, praktizierten die tonangebenden Abgeordneten weiter wie selbstverständlich Verhaltensweisen einer parlamentszentrierten Notabelinformation. Zur offiziellen Modernisierungsrhetorik, wie sie verstärkt nach 1933 unter der Ägide von Parteichef Flandin gepflegt wurde, standen diese in unaufgelöstem, eklatanten Widerspruch. So war im Februar 1920, als die Parteileitung versucht hatte, die Kammerabgeordneten der *Alliance* pauschal auf die Unterstützung des Kabinetts Millerand einzuschwören, bei den Betroffenen ein Sturm der Entrüstung losgebrochen, der das zaghaft eingeleitete Vorhaben schon im Ansatz scheitern ließ. Unerhört und in der Geschichte der Partei noch nie dagewesen sei es, die Mitglieder in derartigen Grundsatzfragen binden zu wollen. Die Initiatoren in der Parteiführung sahen sich daraufhin veranlaßt, auf mildernde Umstände angesichts einer nationalen Krisensituation zu plädieren und ansonsten derartigen Versuchen für die Zukunft abzuschwören: „[...] que nos amis se rassurent. Le bureau de l'*Alliance*, en leur donnant un conseil, qu'ils ont d'ailleurs reconnu bien fondé, – puisqu'ils l'ont suivi, – n'a pas entendu porter atteinte à leur liberté d'appréciation sur la question ministérielle; et il n'est pas à craindre qu'il s'engage dans une voie si dangereuse.“⁶⁴ Obwohl seit den neuen Parteistatuten von 1933 eine „Commission de discipline“ für mehr Gleichklang hätte sorgen sollen, blieben Fälle von Einzelgängertum oder Separattendenzen nicht die Ausnahme, sondern die Regel. Selbst spektakuläre Beispiele blieben dabei disziplinarisch ungesühnt, so etwa der Eigenweg Paul Reynauds in der Frage der Franc-Abwertung 1934–36 oder die Haltung der *Alliance*-Abgeordneten in der Debatte um die Ratifizierung des französisch-russischen Vertrags, als Parteichef Flandin am 27. Februar 1936 von der eigenen Fraktion im Stich gelassen wurde⁶⁵. Wie noch 1920 standen auch in den dreißiger Jahren kaum andere Mittel zur Verfügung als der Appell an die Bereitschaft zur freiwilligen Selbstbeschränkung und die Aktivierung des bewährten Schemas der Unterordnung unter die Autorität starker Einzelpersonlichkeiten: „Au fond, le mal vient d'un individualisme excessif et de cette tendance fâcheuse qui nous porte à ne pas vouloir être à la peine sans être en même temps à l'honneur. [...] N'est-il pas évident, cependant, que, sans rien abdiquer de notre indépendance, nous devons reconnaître à certains hommes une autorité morale et les accepter comme guides?“⁶⁶

Ausschlaggebend für die Resistenz angestammter mentaler Strukturen wurde darüber hinaus, daß selbst die Vorstellungen und das politische Verhalten der potentiellen Reformträger nur graduell, nicht aber im Grundsätzlichen vom überkommenen Modell abwichen. Auch Paul Reynaud, zweifellos einer der innovativsten Geister in der *Alliance*, strebte schon aus Rücksicht auf die eigene Hand-

S. 148–151; insgesamt optimistischer in der Bewertung der Modernisierungsbemühungen Flandins, doch meist nur auf der Basis von Indizien: Wileman, Flandin).

⁶⁴ „Pas de malentendu“, in: *L'Alliance Républicaine Démocratique*, 8. 2. 1920.

⁶⁵ Grüner, Paul Reynaud, S. 239–253; Audigier, *L'Alliance Démocratique*, S. 153 f. Die Parteistatuten von 1933 finden sich in: *Bibliothèque Nationale*, Don 37260, Carton 1.

⁶⁶ So einer der stellvertretenden Vorsitzenden der *Alliance* und Vizepräsident der Kammer der Abgeordneten: Raoul Péret, „La Chambre Nouvelle. Elle ne travaillera utilement que si chacun s'impose une discipline“, in: *L'Alliance Républicaine Démocratique*, 11. 1. 1920.

lungsfreiheit jene Analogisierung von Parteiführung und Fraktion nicht an, die für einen modernen Parteibildungsprozeß konstitutiv gewesen wäre. Noch im Rückblick nach 1945 rechtfertigte er mit Blick auf die eigene Person den Typus des parteiunabhängigen Parlamentariers in Umschreibungen, deren Grundton sich nur unwesentlich von der Position Paul Doumers zweieinhalb Jahrzehnte zuvor unterschied: „L'existence des partis dans la République est naturelle, leur organisation et leur action sont choses légitimes, mais à la condition qu'elles s'emploient au service des idées, des programmes politiques, au choix et à la défense des candidats dans les luttes électorales. Si les partis veulent faire plus, s'ils s'appliquent à exercer sur les hommes pourvus ou non de fonctions publiques une surveillance, une tyrannie odieuse entre toutes, s'ils veulent imposer un joug à la masse des électeurs, ils ne forment plus que des factions dont tout homme de caractère, donc tout républicain doit s'écarter.“⁶⁷

V.

Versucht man, die beschriebenen Spielarten liberaler Parteienkritik in Deutschland und Frankreich vergleichend in den Blick zu nehmen, so ist zunächst eine frappierende Kontinuität von Ressentiments gegenüber gruppenpluralistischen Phänomenen zu konstatieren. Noch für die Jahrzehnte nach 1919 läßt sich in beiden liberalen Kulturen ein überparteilich angelegter Politikbegriff ausmachen, der sich bewußt in Gegensatz zur „Interessen-“ oder „Parteipolitik“ stellte⁶⁸ und den Eigenphänomenen einer pluralistisch organisierten Massendemokratie wie auch den Mechanismen des modernen Parlamentarismus oft mit Unverständnis gegenübertrat. Dies ist umso bemerkenswerter, als auf beiden Seiten des Rheins spätestens seit der Jahrhundertwende Ansätze einer Neubewertung sichtbar geworden waren. Diese argumentierten in Konkurrenz zu der entstehenden internationalen Parteiensoziologie der Vorkriegszeit, die ihrerseits ein kritisches Bild der parlamentarischen Parteiendemokratie zeichnete⁶⁹. So hatte in den französischen So-

⁶⁷ Paul Doumer, *Livre de mes fils*, Paris 1923; zit. von Albertini, *Parteiorganisation*, S. 600.

Reynaud umschrieb sein Parteienbild noch im Winter 1948 folgendermaßen: „Loin de nous l'idée que les partis politiques ne répondent pas à un besoin. Ils encadrent les élus, réfrèment les ambitions personnelles et assurent par la discipline de vote la stabilité ministérielle. Cependant, il est conforme à l'intérêt du pays qu'à côté des partis politiques liés à des programmes, il existe dans les Assemblées des esprits qui jugent les problèmes nationaux sans être assujettis à aucune contrainte.“ (*Le Monde*, 27. 2. 1948).

⁶⁸ Vgl. hierzu für Deutschland: Sabine Marquardt, *Polis contra Polemos. Politik als Kampfbegriff der Weimarer Republik*, Köln u.a. 1997, S. 215–242; Elfi Bendikat, „Wir müssen Demokraten sein“. Der Gesinnungsliberalismus, in: Detlev Lehnert/Klaus Megerle (Hrsg.), *Politische Identität und nationale Gedenktage. Zur politischen Kultur in der Weimarer Republik*, Opladen 1989, S. 139–158. Für Frankreich liegen keine vergleichbaren Studien vor.

⁶⁹ Vgl. insbesondere die Schriften von Moisei Ostrogorski, *La démocratie et les partis politiques*, Paris 1912 [Erstausgabe: *La démocratie et l'organisation des partis politiques*. 2 Bde., Paris 1903], sowie Robert Michels, *Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie. Untersuchungen über die oligarchischen Tendenzen des Gruppenlebens*, Leipzig 1911. Zur Interpretation: Helmut Stubbe-Da Luz, *Parteien als politische Unternehmen: der Parteienforscher Moisei Ostrogorski (1854–1919) und die heutige Parteienhistorie in Deutschland und Frankreich*, in: *Francia* 24/3 (1997), S. 169–182; Gaetano Quagliariello, *Politics without parties*. Moisei Ostrogorski and the debate on political parties on the eve of the twentieth century, Aldershot u.a.

zial- und Staatswissenschaften die zunehmende Einsicht in die unaufhaltsam wachsende Verflechtung von Staat und Gesellschaft bereits vor 1914 zu einer gewissen Rehabilitierung jener „corps intermédiaires“ geführt, die in der nachrevolutionären Staatslehre traditionell als reaktionär gegolten hatten. Speziell in den öffentlichen Debatten um die Einführung des Verhältniswahlrechts konkretisierten sich darüber hinaus die Positionen einer parteiübergreifenden und äußerst heterogenen Reformbewegung, die der korporativ oder parteipolitisch abgestützten Organisation des Willensbildungsprozesses aufgeschlossen gegenüberstanden⁷⁰. Ähnlich entwickelten einzelne Vertreter der deutschen Staatsrechtslehre nach 1919 in Anknüpfung an oppositionelle Strömungen des Kaiserreichs die Grundlagen für eine sowohl verfassungstheoretische wie auch verfassungsrechtliche Integration der Parteien in die demokratische Republik. Derartige Ansätze wurden in Deutschland intensiver und systematischer als im französischen Staatsrecht verfolgt; bis zum Ende der Weimarer Republik unterlagen sie gleichwohl im öffentlichen Bewußtsein der Attraktivität alternativer Modelle, die stärker staatsbezogen, antiföderalistisch, antipluralistisch und überparteilich argumentierten⁷¹.

Die Gründe und die Folgen der Resistenz derartiger mentaler Überhänge einer Politikkultur des 19. Jahrhunderts, die trotz vorhandener Gegenentwürfe wirksam blieben, haben sowohl länderübergreifenden wie jeweils nationalspezifischen Charakter. Im deutschen wie im französischen Liberalismus lebte die Idee vom Parlament als „Organ der Gesellschaft gegen den Staat“ in mehr oder weniger latenter Form über das Ende des konstitutionellen Systems hinweg fort. So überdauerte nicht nur die alte liberale Vorstellung von der anzustrebenden größtmöglichen Einheit aller politischen Kräfte als Gegenüber von Staatsautorität und Bürokratie. Zugleich hielt sich eine Sehweise, die dazu neigte, neben der legislativen Funktion insbesondere die Kontrollkompetenz der Abgeordnetenversammlung in den Vordergrund zu rücken⁷²; die regierungsstützende und die Alternativfunk-

1996; Rolf Ebbighausen, *Die Krise der Parteiendemokratie und die Parteiensoziologie. Eine Studie über Moisei Ostrogorski, Robert Michels und die neuere Entwicklung der Parteienforschung*, Berlin 1969.

⁷⁰ Dazu am Beispiel eines herausragenden Vertreters des Rechtsliberalismus: Grüner, Paul Reynaud, S. 34–52; allgemein: von Albertini, *Parteiorganisation*, S. 561–564, 567 f.; Werner Scherer, *Verhältniswahl und Reform der politischen Ordnung. Die Auseinandersetzung um den Proporz in Frankreich bis zur Wahlreform von 1919*, Diss. Heidelberg 1982, S. 277–315, 413–544. Für die Diskussionen der Zwischenkriegszeit wenig ergiebig: Raymond Huard, *Le suffrage universel en France 1848–1946*, Paris 1991, S. 221–238.

⁷¹ Christoph Gusy, *Die Lehre vom Parteienstaat in der Weimarer Republik*, Baden-Baden 1993, S. 17–24, 57 ff.; ders., *Die Lehre vom Parteienstaat in der Weimarer Republik*, in: *Der Staat* 32 (1993), S. 57–86; Seog-Yun Song, *Politische Parteien und Verbände in der Verfassungsrechtslehre der Weimarer Republik*, Berlin 1996. Für Frankreich und auch in vergleichender Hinsicht besteht auf diesem Feld nach wie vor erheblicher Forschungsbedarf.

⁷² Zitat: Gusy, *Lehre vom Parteienstaat*, S. 70. Zum Parlamentarismusbegriff in der DDP: Heß, *Überlegungen zum Demokratie- und Staatsverständnis*, S. 300 f. Der liberale Politiker Hermann Dietrich sprach in diesem Zusammenhang von der notwendigen Selbstdisziplinierung des Parlaments im Hinblick auf die bloße „Kontrolle der Regierung und die Mitwirkung bei der Schaffung der Gesetze“ (Hermann Dietrich, *Durch nationale Demokratie zur deutschen Gleichberechtigung und Weltgeltung*, in: ders./Carl Petersen/Reinhold Maier (Hrsg.), *Der Weg der nationalen Demokratie*, Mannheim 1932, S. 9).

Für die französischen Liberalen: von Albertini, *Parteiorganisation*, S. 580–582. Symptomatisch hierfür der Titel und Inhalt einer Publikation *Chartiers: Alain, Le citoyen contre les pouvoirs*, Paris 1926.

tion des Parlaments fanden demgegenüber geringe Beachtung bzw. erweckten explizite Ablehnung. So stieß die anwachsende Zusammenarbeit von Mehrheitsfraktionen und Regierung – in Deutschland wie in Frankreich Ausdruck eines sich modernisierenden Parlamentarismus – bei liberalen Theoretikern beider Länder auf Widerspruch. Von den Invektiven deutscher Liberaler gegen den Fraktionseinfluß bei der Regierungsbildung war bereits die Rede; auch in Frankreich aber beklagten unter anderem Emmanuel Berl oder Joseph Barthélemy die – zaghafte – Etablierung ähnlicher Mechanismen als Vordringen des „Parteigeists“ und als bedauernswerte Abkehr von der nötigen Kontrollfunktion der *Chambre des Députés*⁷³. In Deutschland mehr noch als in Frankreich verband sich das liberale Einheitsdenken darüber hinaus mit einer ausgesprochenen Geringschätzung der Oppositionsfunktion im parlamentarischen Spiel⁷⁴. Und schließlich beeinflusste das Ideal einer möglichst umfassenden Zusammenarbeit der staats- bzw. republiktragenden Kräfte in frappierender Weise das „koalitionspolitische“ Verhalten der Liberalen: Dies äußerte sich in der DDP im Kult der „Großen Koalition“, so wie es die französischen Radikalsozialisten und auch die *Alliance* bis in die zweite Hälfte der dreißiger Jahre mehrheitlich am Modell der „concentration“ aller Kräfte der politischen Mitte festhalten ließ⁷⁵. Hier ist nicht der Ort, um ausführlicher auf die Folgen derartiger Vorstellungen für die parlamentarische Praxis in Deutschland und Frankreich einzugehen. Festzuhalten bleibt, daß ihnen vom Standpunkt eines funktional orientierten Parlamentarismusvergleichs aus vor allem für Deutschland erhebliches Potential im Sinne einer Destabilisierung des Systems innewohnte.⁷⁶

Es lag an den historischen Voraussetzungen und den konkreten politischen Rahmenbedingungen nach 1919, daß diese in der Analyse isolierbaren, ähnlichen ideologischen Prägungen insgesamt deutlich unterschiedliche Folgen für die Entwicklung der liberalen Kräfte in Deutschland und Frankreich hatten. Ohne Zweifel durchliefen beide liberale Bewegungen bereits seit längerem Transformationskrisen, die im Aufkommen der Massendemokratie und der damit einhergehenden „Fundamentalpolitisierung“⁷⁷ wurzelten und durch die neuartigen finanz-, sozial- oder wirtschaftspolitischen Problemstellungen in der Folge des Weltkrieges zusätzlich verschärft wurden. Dabei befanden sich die französischen Liberalen je-

⁷³ Emmanuel Berl, *La politique des partis*, Paris 1932, S. 128 ff.; Joseph Barthélemy, *La crise de la démocratie contemporaine*, Paris 1931, S. 138–141.

⁷⁴ Dieter Grosser, *Die Sehnsucht nach Harmonie: Historische und verfassungsstrukturelle Vorbildungen der Opposition in Deutschland*, in: Heinrich Oberreuter (Hrsg.), *Parlamentarische Opposition. Ein internationaler Vergleich*, Hamburg 1975, S. 206–229; für Frankreich, doch eher auf die Nachkriegszeit zugespißt: Roy Macridis, *Wandel des Regierungssystems – Wandel der Opposition? Oppositionsformen in Frankreich: Eine Interpretation*, ebenda, S. 83–105. Wolfgang Jäger, *Opposition*, in: Otto Brunner/Werner Conze/Reinhard Koselleck (Hrsg.), *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*, Bd. 4, Stuttgart 1978, S. 469–517.

⁷⁵ Vgl. für die DDP die Belege in: *Linksliberalismus in der Weimarer Republik. Die Führungsgremien der Deutschen Demokratischen Partei und der Deutschen Staatspartei 1918–1933* (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Dritte Reihe, Bd. 5), Düsseldorf 1980, S. 197, 217 f., 224, 230, 234, 305 f., 355, 356, 362. Zum *Parti Radical* das Resümee bei: Bernstein, *Parti Radical II*, S. 271 f.; für die *Alliance*: Audigier, *L'Alliance Démocratique*, S. 154–156.

⁷⁶ Vgl. dazu sowie zur parlamentarismustheoretischen Begrifflichkeit eingehend und in interpretatorischem Neuansatz den Beitrag von Thomas Raithel im vorliegenden Band.

⁷⁷ Langewiesche, *Liberalismus*, S. 129.

doch im Hinblick auf ihr sozial-ökonomisches Umfeld, die rahmenden politischen Strukturen und die konkreten politischen Herausforderungen, denen sie sich zu stellen hatten, in der günstigeren Ausgangsposition. Pointiert formuliert, profitierte der französische Liberalismus davon, daß der Übergang in die politische Moderne in Frankreich gleitender und langsamer verlief als im Nachbarland. Das war zunächst kein eigenes Verdienst: Die frühere Ausformung einer differenzierten, modernen Industriegesellschaft in Deutschland bildete vielmehr den ursächlichen Hintergrund dafür, daß sich dort das „soziale Erwartungsmodell des Liberalismus“, sein Konzept einer „klassenlosen Bürgergesellschaft“ bereits in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts an den neu entstehenden Realitäten gebrochen hatte – mit dauerhaft negativen Folgen für die politisch integrative Kraft der Bewegung⁷⁸.

Demgegenüber lagen Mythos und Realität der politischen Vertretung im französischen Liberalismus noch bis weit ins 20. Jahrhundert deutlich näher aneinander. So erwuchs die eigentliche Überzeugungskraft und mobilisierende Potenz des radikalsozialistischen Politikmodells aus der Tatsache, daß es die *reale* soziale Gliederung, die Ambitionen und die überkommenen politischen Organisationsformen einer noch vergleichsweise homogenen, mittelständisch dominierten Gesellschaft in eine korrespondierende politische Doktrin transformierte. Es hatte damit eine gewisse Plausibilität, wenn Édouard Herriot die weitgehende Identität von *Radicaux* und Nation konstatierte: „Notre parti est celui qui convient le mieux au caractère politique du pays, celui qui interprète le mieux les traditions de la Révolution et les nécessités du régime.“⁷⁹ Die Mitgliederstruktur der Partei mit ihrem hohen Anteil an Vertretern der „classes moyennes“, ebenso wie ihre elektorale Verankerung vorwiegend in den ländlichen Gebieten, in den kleinen und mittleren Städten korrespondierten bis in die dreißiger Jahre des 20. Jahrhunderts weitgehend mit den sozialstrukturellen Gegebenheiten in Frankreich⁸⁰. Ähnliches galt für das Verhältnis von Repräsentationsbegriff und politischer Vertretungspraxis: Der allgegenwärtige radikalsozialistische Topos, als Partei des „kleinen Mannes“ gegen die „Kräfte des Kapitals“ und der Massendemokratie, als Vertreter der „France profonde“ gegen die Machtkonzentrationen der Hauptstadt zu arbeiten, fand sein Gegenstück unter anderem in der losen Struktur der Partei und im Prinzip der „Comités“ vor Ort. Der Anspruch der *Radicaux* auf Verkörperung einer direkten, menschlichen und tendenziell „partefreien“ Demokratie war somit unmittelbar erfahrbar in Form eines basisnahen Assoziationsmodells regionaler oder lokaler Honoratioreneliten, das anders als in Deutschland fester Teil der offiziellen Parteidoktrin war: „Si nos comités sont toujours des formations de combat contre les ennemis de la République, ils sont aussi, et peut-être encore plus, l'organe permanent de cette volonté agissante de la démocratie qui tient à prendre sa

⁷⁸ Lothar Gall, Liberalismus und „bürgerliche Gesellschaft“. Zu Charakter und Entwicklung der liberalen Bewegung in Deutschland, in: ders. (Hrsg.), Liberalismus, Königstein/Ts. 31985, S. 162–186, hier: S. 177.

⁷⁹ So die Stellungnahme Herriots am Parteitag von Paris 1931, in: Congrès du Parti Radical 1931, Paris 1932.

⁸⁰ Berstein, Parti Radical I, S. 259–317. Zu den sozioökonomischen Wandlungen in Frankreich im deutsch-französischen Vergleich: Hartmut Kaelble, Nachbarn am Rhein. Entfremdung und Annäherung der französischen und deutschen Gesellschaft seit 1880, München 1991, S. 151 ff.

part légitime de direction et de responsabilité morale dans la solution des affaires de la nation.“⁸¹

Zweifellos hat das Demokratiemodell, das die Liberalen Frankreichs verkörperten, in den dreißiger Jahren selbst in ihren eigenen Reihen an Anhängern verloren; man suchte nach effektiveren Organisationsformen für eine sich modernisierende Demokratie, und die Enttäuschung über die Beharrungskraft der etablierten Strukturen wog schwer⁸². Gleichwohl handelte es sich dabei nur um eine Minderheit. Insgesamt behauptete sich mit den Liberalen linker und rechter Couleur eine politische Kultur, deren Überzeugungskraft nicht zuletzt aus ihrer Verankerung in den sozialstrukturellen Gegebenheiten resultierte.

In Deutschland, wo das Parteienfeld einschließlich der Liberalen insgesamt stärker organisiert war als in Frankreich – was im übrigen schon für die Frühphase um 1848 gegolten hatte⁸³ – wirkte sich die auch hier im Prinzip fortbestehende liberale Honoratiorenorganisation von DDP und DVP deutlich stärker zu deren Ungunsten aus. Die nach 1919 rapide und kurzfristig erfolgte Modernisierung des Wahlrechts und der Wahlkreisstruktur wie die allgemeine politische Massenmobilisierung hatten die Bildung funktionierender Parteistrukturen zu einer unabwiesbaren Notwendigkeit gemacht. Ihre schwache Ausprägung brachte nicht nur eine objektive „technische“ Benachteiligung im Kampf um die Wählergunst mit sich. Gemessen am eigenen Modernisierungsanspruch, wie er zumindest in der DDP galt, hatte man damit einen weiteren Mißerfolg zu konstatieren, der sich im Hinblick auf die Selbst- und Fremdperzeption der Partei negativ auswirkte⁸⁴. Ohnehin konnte von einem umfassenden Vertretungsanspruch liberaler Politik angesichts der allmählichen Austrocknung des liberalen „Milieus“ und der daraus resultierenden kräftemäßigen Auszehrung nicht die Rede sein. Deutlicher als die französischen liberalen Gruppen repräsentierte man einen begrenzten Ausschnitt aus einer stärker segmentierten Gesellschaft: „industrielles, kommerzielles und finanzielles Bürgertum, selbständige Handwerker, Beamte, Angestellte, Intellektuelle“⁸⁵.

Prägend für die Entwicklungsmöglichkeiten und die Selbstbehauptung liberaler Kräfte in Frankreich wurde es zudem, daß dort die Republikanisierung und Parlamentarisierung des Staatswesens um viele Jahrzehnte früher eingesetzt hatte als in Deutschland.⁸⁶ Unter den Bedingungen eines sich etablierenden Regimes, das

⁸¹ So der Eröffnungsredner des Parteitags von 1905, Félix Bouffandeau (Congrès du Parti Radical 1905, Paris 1906).

⁸² Klaus-Peter Sick, Professionalisierung und Pluralisierung. Politische Elite und Expertenelite in Diskurs und Politik der französischen liberal-demokratischen Mitte 1890–1940, in: Dieter Dowe/Jürgen Kocka/Heinrich August Winkler (Hrsg.), Parteien im Wandel. Vom Kaiserreich zur Weimarer Republik. Rekrutierung – Qualifizierung – Karrieren, München 1999, S. 269–310.

⁸³ Siehe die vergleichenden Hinweise bei Beyme, Partei, Fraktion, S. 718.

⁸⁴ Vgl. Ernst Portner, Der Ansatz zur demokratischen Massenpartei im deutschen Linkliberalismus, in: VfZ 13 (1965), S. 150–161; Manfred Hettling, Partei ohne Parteibeamte. Parteisekretäre im Linkliberalismus von 1900 bis 1933, in: Dowe/Kocka/Winkler (Hrsg.), Parteien im Wandel, S. 109–134, hier: S. 131–134.

⁸⁵ Wolfgang Hartenstein, Die Anfänge der Deutschen Volkspartei 1918–1920, Düsseldorf 1962, S. 251; Albertin, Liberalismus und Demokratie, S. 155–166; Langewiesche, Liberalismus, S. 240–251, hier: S. 243 f.

⁸⁶ Joseph Barthélemy, L'introduction du régime parlementaire en France sous Louis XVIII et Charles X, Paris 1977.

nicht zögerte, die Durchsetzung der demokratischen Republik auch mit teils illiberalen, ja repressiven Mitteln voranzutreiben, waren die sukzessiven Erfolge gegen Monarchisten und andere vermeintliche oder echte Republikfeinde zwar um den Preis einer radikalen politischen Bereinigung von Verwaltung und Militär, der späten Gewährung vollständiger Vereinigungsfreiheit (1901) und einer äußerst restriktiven Politik gegen religiöse Gemeinschaften erkauft worden⁸⁷. Seit Anfang der 1880er Jahre war die Republik jedoch dauerhaft gesichert. Nicht zuletzt als Ergebnis ihrer über das Schulwesen oder die Historiographie zielstrebig vorangetriebenen ideologischen Verankerung entstand ein politisches Konsensmodell, das bis in die dreißiger Jahre tragfähig blieb. Der republikanischen Staatsform wuchs darin im kollektiven Bewußtsein ein „Gründungsmythos“ zu, der sie über eine bloße Regierungsform hinaushob; daneben verbanden sich in jenem „modèle républicain“ eine Reihe politischer Elemente wie Antibonapartismus, Antiboulangismus, Laizismus oder die Auffassung vom Vorrang des Parlaments im Kräfte-spiel der Gewalten. Anders als in Deutschland, wo die Republik nach 1919 mit zweifelsfrei demokratischen Mitteln eingeführt wurde, konnten die französischen Radikalsozialisten und gemäßigten Republikaner den Systemwechsel wie auch den Ausbau republikanischer Institutionen und Bewußtseinslagen mehrheitlich akzeptiert als politische Erfolge zugunsten des eigenen Führungsanspruchs verbuchen. Die Wahlgewinne, die sich einstellten, dokumentierten dies⁸⁸.

Libérale Politiker agierten in Frankreich seit 1871 in einem parlamentarischen System, das darauf abgestellt war, ohne organisierte Parteien zu funktionieren, und in dem diese Disposition auch nach 1919 grundsätzlich erhalten blieb. Zwar verlor der liberale, individualisierende Politikstil in dem Maße an Systemkonformität, in dem insbesondere die Linksparteien erfolgreich ein Alternativmodell effektiverer Parteienstrukturen praktizierten; in dem Maße zudem, in dem sich auch in Frankreich die „Rechte“ und die „Linke“ ab 1924 bzw. nach 1932 und 1936 zeitweise in Form von festeren, koalitionsähnlichen Bündnissen zu organisieren begannen⁸⁹. Die oben beschriebenen Erneuerungstendenzen versuchten nicht zuletzt auf diesen durchaus erkannten Systemwandel zu reagieren. Gleichwohl blieb insgesamt der Grundcharakter des deliberativen Parlamentarismus in Frankreich erhalten. Das überkommene liberale Politik- und Parteienmodell korrespondierte weiterhin damit, ja war dafür geradezu konstitutiv: Bis zum Ende der Dritten Republik hielt sich in der Kammer der Abgeordneten das Schema der Mehrheitsbildung nach dem altbewährten Muster sachbezogener, oft kurzlebiger ad-hoc-Gruppierungen, welche durchaus quer zu existierenden Fraktionen liegen konnten. Bis zum Schluß belohnte der französische Parlamentarismus im liberalen Sektor jene Politiker durch Einfluß und Karriere, die mit hoher rhetorischer Kompetenz und Überzeugungskraft die fluiden Fraktionsstrukturen zu nutzen verstan-

⁸⁷ Ein Standardwerk hierzu immer noch: Jean-Pierre Machelon, *La République contre les libertés? Les restrictions aux libertés publiques de 1879 à 1914*, Paris 1976.

⁸⁸ Allgemein zur Frühphase der Dritten Republik: Jean-Marie Mayeur, *Les débuts de la III^e République 1871–1898*, Paris 1973; ders., *La vie politique sous la Troisième République 1870–1940*, Paris 1984, S. 13 ff. Zum „modèle républicain“ vgl. die in Anm. 56 genannte Literatur.

⁸⁹ Vgl. u. a. Marcel Gauchet, *La droite et la gauche*, in: Pierre Nora (Hrsg.), *Les lieux de mémoire*, Bd. 2, Nachdruck Paris 1997, S. 2533–2601, bes. S. 2561 ff..

den, um eben solche Mehrheiten zu mobilisieren⁹⁰. Die hiermit verbundene Flexibilität werteten gerade profunde Deutschlandkenner als Vorzug des französischen Parteienwesens⁹¹. Systemtheoretisch und in praktischer Hinsicht stand damit die Parteienkritik der französischen Liberalen dem herrschenden Parlamentarismustyp nicht entgegen, sondern blieb darin integriert. Unter dieser Konstellation wirkte sich z. B. die Tatsache, daß im liberalen Milieu erst ab Mitte der dreißiger Jahre das Verständnis für die tragende Rolle auch der Opposition wuchs⁹², weniger gewichtig aus. Als Folge des individualisierten Politikstils und der diskursiven Praxis konnte der Bedarf eines funktionierenden Parlamentarismus an konturierter Opposition in der Regel auf der Ebene der Personen eingelöst werden: Die systemloyale Alternative zur bestehenden Regierungsformation knüpfte sich weiterhin an profilierte Politikerpersönlichkeiten, deren Bestand weniger rasch erschöpft war als jener an systemtreuen Parteien in Deutschland.

Demgegenüber belastete die zeitlich später liegende Demokratisierung und Parlamentarisierung des Deutschen Reichs seit 1917/18 die Liberalen dort mit einer viel grundsätzlicheren Problematik. Ungeachtet differierender nationalspezifischer Entwicklungen war zu diesem Zeitpunkt jener säkulare Prozeß weiter fortgeschritten, der die liberalen Bewegungen in Europa mit einem allmählichen Verlust an politischer Bedeutung und mit teils radikalerer politischer Konkurrenz konfrontierte⁹³. Der bereits vor 1914 tendenziell abnehmende Vertrauensvorschuß, den die deutschen Wähler den Liberalen aller Schattierungen gewährt hatten, war nach 1920 weitgehend aufgebraucht, die konkurrierenden politischen Kräfte waren stärker geworden. Elemente liberalen Denkens hatten in Deutschland zwar keineswegs den Charakter politischen Allgemeinguts gewonnen, doch waren sie in institutionalisierter Form umgesetzt und von anderen Parteien, etwa der Sozialdemokratie, in ihre Programme integriert worden, was nicht zuletzt das Werben um eine teildentische Wählerklientel zur Folge hatte. Zu den drastisch veränderten Allgemeinbedingungen liberaler Selbstbehauptung seit 1919 zählte zudem, daß anders als nach 1870/71 die neue Totalität der Kriegführung auch ein neues Maß an Radikalität der Friedensregelung hervorgebracht hatte⁹⁴ – mit den resultierenden härteren Herausforderungen an die Krisenlösungskapazität der innenpolitischen Kräfte. Auf der parlamentarischen Ebene wurde überdies entscheidend, daß die Liberalen mit dem Weltkriegsende nicht nur zum ersten Mal politische Verantwortung auf nationaler Ebene zu übernehmen, sondern parallel dazu die Aufgaben von Parteien in einem nahezu über Nacht entstandenen, modernen Parlamentarismus zu lösen hatten. Ohne Rückgriffsmöglichkeiten auf systemstützende republikanische Traditionen oder legitimierende „Ahnenreihen“

⁹⁰ Am Beispiel Reynauds: Grüner, Paul Reynaud, S. 157–162.

⁹¹ Henri Lichtenberger, Avant-propos, in: Oswald Hesnard, *Les partis politiques en Allemagne*, Paris 1923, S. VII–X. Lichtenberger stützt seine Beobachtungen vor allem auf das Werk des Politologen Edmond Vermeil, *La Constitution de Weimar et le principe de la démocratie allemande*, Strasbourg 1923, das eine ähnliche Tendenz vertritt.

⁹² René Rémond/Janine Bourdin, *Les forces adverses*, in: Pierre Renouvin/René Rémond (Hrsg.), *Léon Blum, chef de gouvernement 1936–1937*, Paris 1981, S. 137–159.

⁹³ Im Überblick: Eric Hobsbawm, *Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts*, München/Wien 1995, S. 143–183.

⁹⁴ Eberhard Kolb, *Die Weimarer Republik*, München 52000, S. 23 ff.

republikanisch-demokratischer Politikergenerationen mußte man das parlamentarische Spiel auch ohne die jahrzehntelange kollektive Erfahrung spielen, über die die französischen Liberalen verfügten. Bewährte Verhaltensmuster oder Rezepte, die es in Frankreich bis in die Krise der dreißiger Jahre immer wieder ermöglichten, das System in einem Zustand der „*stabilité dans l'instabilité*“ (André Siegfried) zu halten, lagen kaum bereit. Jene Prägungen, die die Parteienpraxis des Konstitutionalismus in Deutschland hinterlassen hatte, waren noch kaum abgeschliffen und wirkten innerhalb des modernisierten parlamentarischen Rahmens stärker dysfunktional⁹⁵. Wenn es zutrifft, daß Modernisierungskrisen gekennzeichnet sind vom konflikträchtigen Nebeneinander überkommener Mentalitäten und Verhaltensmuster mit zunehmend modernisierten Strukturen (Talcott Parsons), dann war den deutschen Liberalen aus ihrem Parteien- und Parlamentarismusverständnis die gravierendere mentale und politische Herausforderung erwachsen. Als krisenverstärkendes Element reihte diese sich ein in den Bestand der ohnehin komplexen und vielfältigen Faktoren, die die Instabilität des Weimarer Liberalismus bedingten⁹⁶.

Insgesamt deuten die vergleichend gewonnenen Einsichten darauf hin, daß im deutschen und französischen Liberalismus noch bis in die Jahrzehnte nach 1919 erhebliche Vorbehalte gegenüber den gruppenpluralistischen Organisationsformen der modernen Massendemokratie bestanden. Die Kernidee des pluralistischen Gesellschaftsmodells, wonach gemeinwohlorientierte politische Entscheidungen nicht in erster Linie über die Ausrichtung auf einen „archimedischen Punkt“ oberhalb der Gesellschaft, sondern aus der Anerkennung und Balance differierender, „egoistischer“ Interessen zu gewinnen seien, war in der politischen Theorie und im liberalen Denken vor 1945 nur in Ansätzen anzutreffen⁹⁷. Die liberale Kritik an den intermediären Gruppierungen partei- oder verbandspolitischer Art setzte in Frankreich wie in Deutschland sowohl von der übergeordneten Ebene eines postulierten Gemeininteresses wie auch von der Verteidigung politischer Individualrechte her an. Die Gewichte aber lagen verschieden. In Deutschland besaßen die mentalen und politischen Vorbehalte vieler Liberaler ihren Kri-

⁹⁵ Die angesprochene Diskrepanz findet sich bezogen auf Deutschland auch aufgegriffen bei Albertin, *Der unzeitige Parlamentarismus der Liberalen*.

⁹⁶ Vgl. hierzu den resümierenden Überblick bei Heß, *Desintegration des Liberalismus*, S. 259 ff.

⁹⁷ Zitat: Jürgen Weber, *Gefährdung der parlamentarischen Demokratie durch Verbände?*, in: Heinrich Oberreuter (Hrsg.), *Pluralismus. Grundlegung und Diskussion*, München 1979, S. 109–140, hier: S. 111. Für Deutschland im Überblick: Hannelore Gudrich/Stefan Fett, *Die pluralistische Gesellschaftstheorie. Grundpositionen und Kritik*, Stuttgart u. a. 1974; Hans Kremendahl, *Pluralismustheorie in Deutschland. Entstehung, Kritik, Perspektiven*, Leverkusen 1977; vgl. daneben: Thomas Mergel, *Gegenbild, Vorbild und Schreckbild. Die amerikanischen Parteien in der Wahrnehmung der deutschen politischen Öffentlichkeit 1890–1920*, in: Dowe/Kocka/Winkler (Hrsg.), *Parteien im Wandel*, S. 363–395, bes. S. 388–395; für die Weimarer Republik auch die Beiträge in: Detlef Lehnert/Klaus Megerle (Hrsg.), *Pluralismus als Verfassungs- und Gesellschaftsmodell. Zur politischen Kultur in der Weimarer Republik*, Opladen 1993. Eine Pionierrolle in der Entfaltung der Pluralismustheorie spielte in Deutschland Ernst Fraenkel; zu seinem Werk anstelle vieler Belege: Hubertus Buchstein u. a. (Hrsg.), *Vom Sozialismus zum Pluralismus. Beiträge zu Werk und Leben Ernst Fraenkels*, Baden-Baden 2000.

Die historische Pluralismusforschung ist für Frankreich noch kaum ausgebildet; siehe in diesem Zusammenhang: Cécile Laborde, *Pluralist Thought and the State in Britain and France, 1900–25*, Basingstoke u. a. 2000, S. 101 ff.; Pierre Birnbaum, *La France imaginée. Déclin des rêves unitaires?*, Paris 1998.

stallisationskern vorwiegend in der Wertschätzung von Leitbegriffen wie Staat und Nation, die man als überwölbende und potentiell krisensteuernde Kategorien verstand. Die liberale Parteienskepsis in Frankreich hatte einen stärker vom Individuum her gedachten, antietatistischen, allenfalls auf einen weitgefaßten Republikbegriff ausgerichteten Gehalt. Es lag vorwiegend an den unterschiedlich gelagerten politischen und sozialstrukturellen Rahmenbedingungen, daß sich die liberale Parteienkritik in Deutschland sowohl im Hinblick auf die Selbstbehauptung der Liberalen als auch in parlamentarismuspraktischer Hinsicht gravierender auswirkte als in Frankreich.